

**DISK-GEWERKSCHAFTER  
MELDEN SICH ZU WORT**

**DEMOKRATEN  
WERDEN AUSGEBÜRGERT**

**FRAUEN  
DER  
TÜRKEI**

**2  
TÜRKEI  
INFORMATIONEN**

**FEB./MÄRZ '81**

HERAUSGEGEBEN VON DER FEDERATION DER ARBEITERVEREINE DER TÜRKEI - FİBEE

# KADINLARIN SESİ



eşitlik  
toplumsal ilerleme  
ve barış için

Ocak 1980

SAYI 54 • YIL 5 • 10 TL

AYLIK DERGI



ilerici kadın hareketi sürü  
nosumimizi 1980  
üksette

**Febr./März '81**

**Impressum**

Türkei-Informationen — Herausgegeben vom Bundesvorstand der FIDEF (Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik) FIDEF — Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: C. Demirok, Redaktionsanschrift: Türkei Informationen, Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/664284.

Türkei-Informationen erscheinen monatlich. Ein Jahresabonnement kostet 36 DM inkl. Porto.

Satz u. Druck: Dhyana, Ffm.

**in diesem heft**

<b>Leserbriefe</b>	4
<b>Standpunkt</b>	
Ausbürgerung und Sippenhaft angedroht	5
<b>Türkei</b>	
Gedenkfeier für die 15	6
Zum Gründungstag von DISK	6
Zum Gründungstag von TIP	7
DISK-Gewerkschafter:	
Der Kampf geht weiter	8
Generalangriff auf den staatlichen Sektor	8
Frauen in der Türkei:	
Unterdrückt aber nicht resigniert	12
IKD: Die Stimme der Frauen	14
Portrait eines IKD-Mitgliedes: Meryem	15
Frauen aus der Türkei in der Emigration:	
Wie emanzipiert ist Fatma	16
<b>Bundesrepublik</b>	
Huldigungsbriefe zur Täuschung der Öffentlichkeit	18
<b>Pressespiegel</b>	
Hetzkampagne gegen Demokraten im Ausland	20
Europarat: Warnung an die Junta	22
Köln: Protest gegen Junta	23
Bei der Fahndung nach Grauen Wölfen Hilfe verweigert	24
<b>Interview</b>	
Röder (IGM-Reutlingen): Unser Ziel mehr aktive ausländische Gewerkschafter	25
FIDEF solidarisch mit Metallern	27
FIDEF zu den Betriebsratswahlen	27
Kurdischer Nationalfeiertag — Newroz	27
<b>Ausländische Kinder und Jugendliche</b>	
Vorbereitungsklassen: Sparpolitik der Kultusministerien	28
„Modell Duisburg“	29
<b>Kultur</b>	
Melike Demirag: Eine engagierte Künstlerin im Ausland	30

## Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1

Als Vertreter des Deutsch-Türkischen Vereins bei dem Diskussionsabend über Koran-Kurse am 4.12.1980 in Köln möchte ich auf folgendes hinweisen, was ich an diesem Abend schon tat, was aber in Ihrem Artikel unerwähnt blieb. Ich unterstütze das Recht eines jeden türkischen Kindes auf Religionsunterweisung, aber nicht in der Art, wie es von den Koranschulen unternommen wird. Ich zitiere in diesem Zusammenhang den Verantwortlichen für Religionsfragen der türkischen Botschaft in Bonn, der den Koranschulen jegliche Legalität absprach. Begrüßt habe ich außerdem, daß der Kultusminister des Landes NRW erstmalig sich eindeutig gegen die Praxis der Koranschulen ausgesprochen hat und in absehbarer Zeit ein Curriculum für islamischen Religionsunterricht in den Schulen in Aussicht gestellt hat (mit Schreiben vom 2.12.1980). Außerdem habe ich meine Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, daß als Fachmann für Islamfragen für die Katholische Kirche ein Mann fungiert, der zeitweiliger Besprecher eines der koran-kursbetreibenden, rechtsradikalen Kulturzentren in Köln-Nippes ist.

Nicht richtig ist in Ihrem Artikel, daß die Kölner Presse nicht darüber berichtet hat. Leider war nur die Kölnische Rundschau da, die aber am 11.12.1980 hierüber berichtete. Den Artikel und meinen Leserbrief hierzu lege ich Ihnen bei.

Peter-Christian Löwisch  
Vorstandsmitglied des  
Deutsch-Türkischen Vereins  
Köln e.V.

Der Informationsdienst „Bildungsarbeit mit ausländischen Arbeitern 3/80“ der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbands machte mich auf Ihre Zeitschrift „Türkei-Informationen“ aufmerksam.

Da die Volkshochschule der Stadt Viersen auch Bildungsangebote für türkische Arbeitnehmer durchführt, wären wir u.U. daran interessiert, die „Türkei-Informationen“ zu abonnieren. Könnten Sie mir deshalb zur Prüfung Ihrer Zeitschrift ein oder zwei kostenlose Probehefte übersenden?

4060 Viersen Stadtverwaltung

Ausgezeichnet finde ich das Vorhaben der FIDEF, mit einer Freundschaftswoche der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit hierzulande offensiv entgegenzuwirken. Auch wir von der VVN-Bund der Antifaschistischen registrieren besorgt, wie Teile der Bevölkerung mangels Aufklärung rechts-extremistischen „Fremd-gleich-Feind“-Parolen auf den Leim gehen. Zum Treffen der Gewerkschaftsjugend Baden-Württ. im Nov. 80 in Karlsruhe (5000 Teilnehmer) erstellten wir daher eine Infowand, wo anhand von Dokumenten nachgewiesen wurde, wie die Situation der Arbeitslosigkeit in der BRD einen Nährboden u.a. für ein ausländerfeindliches gesellschaftliches Klima darstellt und zeigten auf, welche antidemokratischen Interessen hinter dieser Sündenbockstrategie (die bekanntlich in der deutschen Geschichte eine unheilvolle Tradition hat) stehen.

Wir stehen dieser bedenklichen Entwicklung nicht hilflos gegenüber. Durch verstärkte Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte und eine nicht mehr abreißende Kette von Aktionen können wir erfolgreich dagegen angehen.

7500 Karlsruhe R. Caglar  
Text und Foto: R. Caglar

Durch unsere Freunde in der Bundesrepublik erhielten wir einige Exempla-

re von Türkei-Informationen (Hefte Nov. und Dez. 1980). Manche Artikel daraus haben wir ins Türkische übertragen und an unsere Freunde in New York übersandt, die sie in den nächsten Nummern von „News from Turkey“ abdrucken wollen.

Wir sind eine Gruppe von Studenten aus der Türkei an der Universität Indiana. Nach dem Putsch am 12. September haben wir ein Solidaritätskomitee gegründet. Auf Pressekonferenzen und Foren protestierten wir gegen die Unterdrückung der demokratischen Kräfte in der Türkei. Doch eines der hemmenden Faktoren ist die der Beziehungen zwischen uns und unseren Landsleuten in Europa. Es ist deshalb ungeheuer wichtig, daß wir mit Euch engere Kontakte aufnehmen: dies könnte uns entscheidende Impulse bei unserer Organisation geben. Wie die nicht ausreichend koordinierten Hungerstreiks unserer Kollegen, die sicherlich guten Willens waren, gezeigt haben, müssen wir als erstes die Frage des einheitlichen Vorgehens klären. Dazu können alle Nachrichten und Informationen von Euch beitragen, insbesondere neue Hefte von Türkei-Informationen.

Wir wünschen Euch unendlich viel Erfolg bei Eurer Arbeit.

Indiana/USA

G. Z.



# Ausbürgerung und Sippenhaft angedroht

Von einem Durchbruch der Schweigemauer über die zahllosen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei kann noch kaum die Rede sein, verglichen mit den vorangegangenen Monaten häufen sich jedoch in der bundesrepublikanischen Medienlandschaft die Meldungen über die Verhältnisse in der Türkei; wobei ihre bemerkenswerten Widersprüche bei unvoreingenommenen Lesern Fragezeichen aufwerfen müßten. Einerseits können nicht einmal die großbürgerlichen Blätter, die aus ihrer Sympathie für die Junta keinen Hehl machen, die Zustände in der Türkei mit dem Mäntelchen des wohlwollenden Schweigens umhüllen (selbst die FAZ konnte nicht umhin, am 19. Februar zwar reichlich verspätet, dafür aber mit einiger Ausführlichkeit über die totale Pressezensur zu berichten).

Andererseits wird kaum eine Möglichkeit ausgelassen, um der erneut anlaufernden Finanzspritze der Bundesregierung für die Militärmachthaber publizistisch den Boden zu bereiten.

Zu diesem Zweck diente auch die Reise einer Bundestagsdelegation in die Türkei, deren Sprecher A. Mertes (CDU) und P. Corterier (SPD) pünktlich vor dem betreffenden Kabinettsbeschluß über die Fortsetzung der „Türkei-Hilfe“ ihren Bericht abliefern.

### Bundesregierung: erneut Retter der Militärdiktatur

Die Bundestagskommission durfte weder Militär- noch Polizeigefängnisse aufsuchen: sie mußte sich damit zufrieden geben, daß sie in einer aufgemöbelten Vorzeige-Anstalt einigen Taschendieben freundlich die Hand schütteln durfte. Außer den Junta-Ministern und -Generälen sprachen sie nur noch mit Politikern, die vor ihrer Entlassung schriftlich erklären mußten, daß sie keine politischen Erklärungen abgeben werden.

Trotzdem haben die Parlamentarier in ihrem Bericht zugeben müssen, daß ih-

nen Folterungen bestätigt wurden. Ihre kaum zu verhüllende Bejahung der Militärdiktatur rechtfertigen sie jedoch mit der zynischen Feststellung, daß die Häftlingsmißhandlungen auch vor dem Militärputsch vorgekommen seien. Damit das ganze ein wenig glaubwürdiger wirkte, ließ sich auch Bundeskanzler Schmidt die Gelegenheit nicht entgehen, auf die Unerläßlichkeit der „Türkei-Hilfe“ für die „Sicherheitsinteressen“ der NATO und der Bundesrepublik in der Region hinzuweisen.

Zweifellos nicht zu übersehen ist der Erfolg der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik, die den Bundestag durch ihre nachdrücklichen Proteste gezwungen haben, überhaupt eine Delegation in die Türkei zu schicken.

Die Wirkung solcher „Informationsreisen“ darf nicht unterschätzt werden, selbst wenn sie nach einem vorgegebenen Drehbuch ablaufen. Sie demonstrieren das Interesse der Öffentlichkeit der BRD an dem Geschehen in der Türkei und stärken damit den demokratischen Kräften unseres Landes den Rücken.

Unübersehbar ist auch das Drängen einflußreicher Kreise innerhalb und außerhalb der Junta nach einem härteren Vorgehen gegenüber Opponenten – neuerdings auch jenseits der Landesgrenzen:

### Ausbürgerung und Sippenhaft für Opponenten

- Den Demokraten aus der Türkei im Ausland, die gegen die Militärdiktatur immer noch ihre Stimme zu erheben wagen, drohen nunmehr Zwangsausbürgerung und Sippenhaft. In Aufrufen „an die ins Ausland geflüchteten Personen“ werden engagierte Gewerkschafter, renommierte Kunst- und Kulturschaffende und angesehene Politiker mit überführten MHP-Mördern in einen Topf geworfen und praktisch für vogelfrei erklärt. Nach einer Reihe von Erlassen, Gesetzesänderungen

und neuen Gesetzen droht ihnen Zwangsausbürgerung, wenn sie sich nicht binnen einer kurzen Frist von wenigen Wochen den Militärbehörden stellen. Ihr Gut und ihre Habe wird beschlagnahmt. Ausgebürgert werden auch die Kinder der Betroffenen.

### Prof. Boran und Gazioglu auf der Abschußliste

- So wurden Ende Februar nach Ablauf der ihnen eingeräumten Frist die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), Frau Prof. Behice Boran und der Vorsitzende des Lehrerverbandes Töb-Der, Gültekin Gazioglu ausgebürgert. Von der Ausbürgerungsdrohung direkt betroffen sind auch führende DISK-Gewerkschaftler und einige fortschrittliche Künstler. Wie pauschal die in staatlichen Rundfunksendungen teilweise stündliche verlesenen Listen zusammengestellt wurden, stellte sich bereits nach wenigen Tagen heraus, als einige der im Ausland vermuteten Personen sich freiwillig den Militärbehörden stellten und den Nachweis erbrachten, daß sie sich schon seit Monaten in der Türkei befinden.

Die angelaufene Ausbürgerungskampagne gegen Demokraten im Ausland läßt die Handschrift reaktionärster Kreise erkennen. Die Zeitung „Tercüman“ und die Wochenzeitschrift „Anadolu“ (erscheint in Bonn) sind ihre bevorzugten Sprachrohre. Sie stehen der faschistischen MHP sowie dem rechten Flügel der Gerechtigkeitspartei (AP) nahe und bemühen sich jetzt, die repressiven Maßnahmen der Junta von der MHP weg und stärker auf die demokratischen Kräfte hinzulenken. Zu diesem Zweck greifen sie FIDEF an und versuchen, unsere Ablehnung der Militärdiktatur als Parteinahme für Terrorismus darzustellen.

### Generäle zeigen Anzeichen von Schwäche

Dies ist ein aussichtsloses Unterfangen, denn die FIDEF hat seit ihrer Gründung

den Terror der Faschisten und den Terrorismus der „Linken“ entschieden abgelehnt. Die Ereignisse haben bewiesen, wie berechtigt diese Haltung war. Die Funktion des faschistischen Terrors bei der Einschüchterung des Volkes bedarf keiner Erläuterung. Auch der „linke“ Terror hat eine verhängnisvolle Rolle gespielt und die Demaskierung der Faschisten wesentlich erschwert. Unabhängig von den eigentlichen Motiven seiner Urheber hat er objektiv der Reaktion in die Hände gearbeitet.

## Konsulate erpressen Landsleute

Tercüman und Anadolu sind die wichtigsten Propagandisten der MHP und der Türk-Föderation. Jetzt, wo die Verbrechen der MHP vor einem Militärgericht untersucht werden sollen, starten sie eine Hetzkampagne gegen uns, um diese Tatsache vertuschen zu können.

Als williger Helfershelfer dieser reaktionären Kräfte erwies sich dabei der türkische Generalkonsul İlhan Kiciman in Köln: Als eine Art besonderer Dienstleistung verteilt er an unsere Landsleute vorgefertigte Huldigungsbriefe, die unterschrieben und an ebenfalls mitgelieferte Adressen in der BRD verschickt werden sollen (siehe unsere Dokumentation in diesem Heft). Mit dieser Kampagne bezweckt der eilfertige Generalkonsul zweierlei: Einmal soll in der hiesigen Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden, als genieße die Militärdiktatur eine gewisse Popularität. Zweitens sollen die Demokraten, die die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei anprangern, als Landesverräter und Terroristen beschimpft werden.

## Huldigungsbriefe an Junta

Abgesehen davon, daß solche Kampagnen mit eindeutig politischem Charakter sicherlich nicht in den Aufgabenbereich eines Generalkonsuls fallen, gibt es auch keine Garantie dafür, daß er nicht morgen zu weitergehenden Handlungen auffordert.

Wie bereits in den vergangenen Monaten, wird die Solidarität der demokratischen Öffentlichkeit bei der Durchkreuzung solcher Kampagnen eine entscheidende Rolle spielen. Genauso wichtig ist es, die anti-demokratischen Ausbürgerungen zu stoppen und den Verantwortlichen in Ankara klar zu machen, was für historische Assoziationen eine solche Politik insbesondere in der BRD weckt.

## Gedenkfeiern für die 15



M. Suphi, Gründer der TKP

Mit zahlreichen Gedenkfeiern im ganzen Bundesgebiet und in West-Berlin gedachten die Arbeiter aus der Türkei der Gründer der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP). Am 28. Januar 1921 waren die 15 ZK-Mitglieder, mit

dem Vorsitzenden Mustafa Suphi und dem Generalsekretär Ethem Nejat an der Spitze, in einem Hinterhalt bei Trabzon ermordet worden. Suphi und seine Genossen befanden sich, einer Einladung der Großen Nationalversammlung folgend, auf dem Weg nach Ankara.

Die Bourgeoisie hoffte, mit diesen Morden den organisierten Kampf der Arbeiterklasse ausgeschaltet zu haben. Doch diese Annahme erwies sich schon bald als trügerisch; die von Mustafa Suphi und seinen Genossen ins Leben gerufenen Organe und Gliederungen der TKP überlebten die Jahre und Jahrzehnte der blutigen Unterdrückung und Verfolgung in der Illegalität und setzte sich konsequent für nationale Unabhängigkeit, Frieden und Demokratie ein. Die Forderung nach der Aufhebung des TKP-Verbots wurde zu einem Prüfstein für das Demokratieverständnis in der Türkei, ebenso die Forderung nach Abschaffung der Paragraphen 141-142 des Strafgesetzbuches, die 1936 verabschiedet wurden und das 1922 vorgenommene Verbot der TKP nachträglich legalisieren sollten.

## Zum Gründungstag von DISK

Am 13. Februar 1967 gründeten fünf Gewerkschaften, die etwa 30.000 Mitglieder repräsentierten, den Progressiven Gewerkschaftsbund DISK. Gründungsvorsitzender war Kemal Türkler, langjähriger Vorsitzender der 1947 gegründeten Metallarbeitergewerkschaft Maden-Is.

Bereits mit seiner Gründungserklärung setzte sich DISK für ein Zurückdrängen der Macht von einheimischen und ausländischen Monopolen und für die Durchsetzung einer demokratischen Politik ein. Aufgrund ihrer konsequenten Haltung bei der Vertretung der Interessen der Arbeiter stieg seine Mitgliederzahl innerhalb von wenigen Jahren auf über eine halbe Million.

Angeichts des wachsenden Einflusses der Arbeiterbewegung gingen die herrschenden Klassen zu schärferen Unterdrückungsmaßnahmen über. Ende der 60er Jahre wurden die ersten bewaffneten faschistischen Banden organisiert. Gegen ein Gesetzesentwurf der Demirel-Regierung, der die Auflösung der an Arbeiterinteressen orientierten Gewerkschaften im DISK zum Ziel hatten, demonstrierten am 15./16. Juni 1970 in Istanbul über 100.000 Arbeiter, wobei drei unbewaffnete Arbeiter von der Polizei erschossen wurden.

Am 1. Mai 1976 durchbrach der DISK das 52-jährige Verbot und beging den 1. Mai als Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse mit hunderten Tausenden Teilnehmern in Istanbul. Im September 1976 konnte der vom DISK ausgerufene erste Generalstreik in der Ge-  
(Fortsetzung auf S. 27)



(V. l. n. r.): M. Karaca, Maden-Is-Vorsitzender; I. Güzelce, ehem. DISK-Sekretär; K. Türkler, ehem. DISK- u. Maden-Is-Vorsitzender.

## Zum Gründungstag von TIP



Am 13. Februar veranstaltete das Europa-Komitee „Einheit für Demokratie“ (DIB-FAK) in Brüssel einen Solidaritätsabend anlässlich der Gründungstage von TIP und DISK. Auf der Veranstaltung sprach auch die Vorsitzende der von der Junta verbotenen Arbeiterpartei der Türkei, TIP, Frau Prof. Behice Boran. Frau Boran, die zwischenzeitlich von der Junta ausgebürgert wurde, war am 16. Februar vom Kriegsverwaltungsgericht in Ankara wegen der von ihr gehaltenen Wahlen 1979 zu 8 Jahren und 9 Monaten Freiheitsentzug mit anschließender Verbannung für weitere 5 Jahre verurteilt worden.

Die TIP wurde am 13. Februar 1961 von 12 führenden Gewerkschaftlern in Istanbul gegründet.

Sie gewann bei den Wahlen 1965 15 der 450 Sitze der Nationalversammlung.

Nach dem Militärputsch am 12. März 1971 wurde die TIP verboten; ihre Führer, darunter die Vorsitzende Prof. Boran, wurden unter dem Vorwurf des Separatismus zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie sich für die demokratischen Rechte des kurdischen Volkes eingesetzt hatten. Sie wurden erst 1974, nach Gründung einer zivilen Regierung aufgrund einer Generalamnestie freigelassen. Am 1. Mai 1975 kam es durch Frau Boran und ihre ehemaligen Mitstreiter erneut zur Gründung von TIP.

Nach dem Putsch am 12. September wurden mit einer Reihe von Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen auch TIP und TSIP verboten. Ihre Unterlagen wurden beschlagnahmt, ihre Zentralen und alle Ortsverbände geschlossen.

Frau Prof. Boran, inzwischen 71 Jahre alt, betonte auf ihrer Ansprache am 14. Februar in Brüssel die Bereitschaft ihrer Partei zur Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Kräften des In- und Auslandes gegen die Militärdiktatur in der Türkei. ■

## DISK-Gewerkschafter in der Türkei:

# „Der Kampf geht weiter!“

Ende Januar wurde eine Reihe von DISK-Gewerkschaftern von der Junta aufgefordert, „in die Türkei zurückzukehren und sich den Militärbehörden zu stellen.“ Sollten sie dieser Aufforderung nicht bis zum 5. März nachkommen, würden sie ausgebürgert werden. Wieder einmal täuschten sich die Militärbehörden: Mehrere führende DISK-Gewerkschafter meldeten sich aus dem Landesinneren zu Wort und brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, auch unter der Militärdiktatur ihren Kampf fortzusetzen. Zu den Unterzeichnern gehören u.a.:

**Kemal Daysal**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes und des DISK;  
**Mehmet Karaca**, Vorsitzender der Metallarbeitergewerkschaft Maden-Is im DISK;  
**Metin Denizmen**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, und des Banken- und Versicherungswesens, und Vorsitzender der Bankangestelltengewerkschaft der Türkei im DISK (Bank-Sen);  
**Murat Tokmak**, DISK-Vorstandsmitglied und stellv. Vorsitzender der Maden-Is;  
**Turhan Atak**, DISK-Vorstandsmitglied und stellv. Vorsitzender von Maden-Is und  
**Halit Erdem**, Generalsekretär von Maden-Is.  
Wir veröffentlichen nachstehend einige Auszüge aus diesem wichtigen Dokument:

Der Nationale Sicherheitsrat veröffentlichte einen Aufruf und behauptete, daß wir, Vorstandsmitglieder von DISK-Gewerkschaften, im Ausland seien und erklärte, daß wir ausgebürgert werden würden, wenn wir nicht bis zum 5. März 1981 in die Türkei zurückkehren und uns den Militärbehörden stellen würden.

Wir befinden uns jedoch in der Türkei und versehen unsre Aufgaben als Gewerkschafter.

Der Nationale Sicherheitsrat kann keine Beweise vorlegen, aus denen es hervorgeht, daß wir uns im Ausland befänden. Infolgedessen gibt es keinerlei Begründung für die Einleitung des Ausbürgerungsverfahrens in Anlehnung an das neue Staatsbürgerschaftsgesetz, die ohnehin bar jeder juristischen Grundlage ist.

Aber wir stellen uns nicht den Kriegsverwaltungsbehörden. Erstens ist dies ein selbstverständliches Recht, das uns zusteht; andererseits müssen wir unseren Kampf auch unter den heutigen Bedingungen fortsetzen, um den Aufgaben nachkommen zu können, die uns zehntausende von Gewerkschaftsmitgliedern übertragen haben, indem sie uns in unsere Funktionen gewählt haben.

Unsere Gewerkschaften wurden vom Nationalen Sicherheitsrat geschlossen; unsere legalen Funktionen wurden mit unglaubwürdigen Begründungen untersagt; unzählige Freunde und Kollegen wurden verhaftet und entlassen. Tausende von DISK-Mitgliedern

wurden ihrer Gewerkschaften beraubt und der ungezügelt Ausbeutung und der Willkürpraxis der Unternehmer ausgeliefert. Unternehmer, die dadurch immer mehr Mut schöpfen, daß der DISK geschlossen wurde, mehrere DISK-Funktionäre inhaftiert wurden und gegen unsere Gewerkschaften – die ihnen in der Vergangenheit schlaflose Nächte bereiteten – eine Diffamierungskampagne eingeleitet wurde und gewerkschaftliche Rechte aufgehoben sind, setzen alle Mittel ein, um Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung zu verschärfen und die Last der aktuellen Krise auf sie abzuwälzen.

Hinzu kommt, daß die Regierung mit ihrer – den Arbeitern aufkotrierten – Sparpolitik und mit massiven Einmischungen in die Tarifautonomie diese Bemühungen der Unternehmer erheblich erleichtert. Nach und nach werden unsere Kollegen ihrer Rechte beraubt, die sie in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen erkämpft haben. Wir können unter diesen Umständen unsere Kollegen nicht im Stich lassen. Wir können uns nicht unserer Verpflichtung entziehen, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die uns von ihnen übertragenen Aufgaben zu erfüllen; wir können uns den Kriegsverwaltungsbehörden nicht stellen.

Wir fühlen uns in erster Linie der Arbeiterklasse und ihrem gerechten Kampf gegenüber verantwortlich. Für die ökonomischen und demokratischen Rechte unserer Kollegen, für ihre gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten, für die Verwirklichung der berechtigten Forderungen, werden wir unseren Kampf fortsetzen, bis wir den uns von ihnen übertragenen Aufgaben gerecht werden.

Es war nicht leicht, diese Rechte zu erkämpfen, die heute vernichtet werden. Wir haben mit unserem Leib und Blut dafür gekämpft. Darüber hinaus haben wir kein Vertrauen in die Kriegsverwaltungsbehörden. Wir sind der Ansicht, daß wir nicht die Möglichkeit haben, die Unhaltbarkeit der gegen uns aufgetragenen Anschuldigungen in einem objektiven Verfahren vor den Kriegsverwaltungsgerichten darzulegen. Denn es ist niemandem ein Geheimnis, daß heute in jeder Stufe der behördlichen Ermittlungen Handlungen fortgesetzt werden, die mit Gesetzen nicht in Einklang zu bringen und zutiefst antidemokratisch sind. Bei der Polizei werden Methoden angewendet, wie Folterungen, die u.a. in Bursa zum Tode des Rechtsanwaltes von Maden-Is Ahmet Feyzioglu geführt haben oder mit denen Menschen gezwungen werden, Protokolle zu unterschreiben, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. Die Militäranwälte und Richter bei den Kriegsverwaltungsgerichten stehen unter einem großen Druck. Während führende Funktionäre von MISK (Föderation der faschistischen Gewerkschaften der MHP, Anm. d. Ü.), die eine Unzahl von ungesetzlichen Aktivitäten

Fortsetzung S.

# Generalangriff auf den staatlichen Sektor der Türkei

Die staatlichen Betriebe in der Türkei rücken zunehmend in den Mittelpunkt der Diskussionen über die Wirtschaftspolitik. Es mehren sich die Anzeichen, daß der staatliche Sektor der Wirtschaft, insbesondere der Industrie, der seit ihrer Gründung in den dreißiger Jahren ein Dorn im Auge der großkapitalistischen Kreise war, einer „Operation“ unterzogen werden soll. Eine Ausschaltung dieses Komplexes wird von den Wortführern der internationalen Finanzkreise seit Jahrzehnten verlangt. Denn der staatliche Sektor stellt eine Bastion der nationalen Wirtschaft dar, die von den einheimischen und internationalen Monopolen nicht vollständig unterworfen werden konnte.

Alle Ansätze zur Beseitigung des staatlichen Sektors scheiterten bisher daran, daß keine Regierung die damit verbundenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Risiken in Kauf nehmen wollte und den Widerstand breiter Bevölkerungsteile fürchtete. Unter den Bedingungen der Militärdiktatur glaubt man nun, daß der passende Augenblick für einen Generalangriff gekommen sei.

## „Unwirtschaftliches Geschwür“

Die propagandistischen Vorbereitungen laufen schon auf vollen Touren. Angesichts der Tatsache, daß die bisherigen Ergebnisse des vor einem Jahr eingeleiteten Sanierungsprogramms selbst von dessen Befürwortern als entmutigend eingeschätzt werden (siehe z.B. die FAZ vom 2.2.81 und insbesondere Türkei-Informationen Nr. 1, 1981, S. 19f.), versucht man nun diesen Mißerfolg mit der „Unwirtschaftlichkeit“ der staatlichen Betriebe zu begründen. Spricht die „Frankfurter Allgemeine“ noch von „Umorganisation der staatlichen Betriebe“, so schreibt „die Welt“ (5.11.80), getreu ihrer unverblühten Ausdrucksweise, vom „Abschneiden des Geschwürs Staatssektor“.

Die Argumente, die von diesen Kreisen gegen die staatlichen Betriebe ins Feld geführt werden, sind von keinerlei Sachkenntnis getrübt. Offenbar spekuliert man darauf, daß der geistig auf die „Vorzüge der freien Unternehme-



schaft“ getrimmte Leser, der sowieso keine anderen Informationsquellen hat, bereits durch das Aneinanderreihen von Schlagworten wie „staatliche Betriebe“, „schlechte Wirtschaftsführung“, „hohe Verluste“ von der Schädlichkeit dieser Einrichtungen überzeugt sein wird. Man stellt nicht einmal die naheliegende Frage, warum diese staatlichen Betriebe seit nunmehr 50 Jahren existieren und stetig ausgebaut werden konnten, wenn sie tatsächlich so nachteilig für die türkische Volkswirtschaft gewesen sind? Und das, obwohl jahrzehntelang zahlreiche türkische Regierungen nicht die Förderung des staatlichen Sektors, sondern den Vorrang in ihrem Regierungsprogramm einräumten. Deutet nicht die Beständigkeit der staatlichen Betriebe trotz ihrer mächtigen Feinde, auf wichtige soziale und wirtschaftliche Funktionen, die sie wahrnehmen?

Tatsächlich produzieren die staatlichen Betriebe in der Türkei einen großen Teil der Rohstoffe und Vorprodukte sowie Dienstleistungen, die die privaten Betriebe für die Aufrechterhaltung ihrer Produktion benötigen. Betrachten wir als Beispiel das Jahr 1977. Nach Angaben des Vierten Fünfjahresplans<sup>1</sup>, der 1978 vom Parlament bestätigt wurde, betrug der Anteil der staatlichen Betriebe bei der Produktion von elektrischem Strom 84,2 %, bei der Produktion von Braunkohle 63,8 %, bei der Produktion von flüssigem Stahl 74,1 %, bei der Produktion von Papiererzeugnissen 70,8 %, bei der Produktion der weißen Erdölderivate 76,2 %, bei der Produktion von schwarzen Erdölderivaten 68,2 % und

bei der Produktion von Steinkohle, Koks, Rohkupfer und petrochemischen Erzeugnissen sogar 100 %. Darüber hinaus produzierte der staatliche Sektor bestimmte Konsumgüter, die für die Deckung des Massenbedarfs notwendig sind. So wurde ebenfalls 1977 der gesamte Bedarf an Zucker von staatlichen Betrieben gedeckt.<sup>2</sup> Der Anteil der staatlichen Schuhproduktion bei der Gesamtproduktion für Männerschuhe und -stiefel betrug 1978 über 66 %.<sup>3</sup> Ein Großteil der preiswerten Baumwollstoffe wurde ebenfalls von staatlichen Betrieben produziert.

## Eine riesige Subventionspumpe

Die staatlichen Betriebe, die im wahren Sinne des Wortes die Grundlage der privaten Industrie und des Handels darstellen, dürfen die Preise ihrer Produktion nicht selbst bestimmen. Diese werden vielmehr per Regierungsbeschluss festgesetzt. Da die Regierungen die privaten Unternehmen „fördern“ wollen, werden die Preise für die Produkte des staatlichen Sektors seit ihrer Gründung absichtlich niedrig gehalten. Die Verluste, die in Folge dieser Preispolitik unvermeidlich sind, werden aus dem Staatshaushalt finanziert. Mit anderen Worten: Seit Jahren wird der staatliche Sektor von den Regierungen, die erklärtermaßen dem „freien Unternehmertum“ Vorrang einräumen, als eine riesige Subventionspumpe eingesetzt. Die privaten Unternehmer konnten elektri-



schen Strom, Koks, Zement, Stahl, Kunstdünger und vieles andere mehr zu verbilligten Preisen beziehen und entsprechende Profite einstreichen.

## Senkung von Kunstdünger- und Stahlpreis

Ansich ist die Unterstützung der privaten Betriebe durch den staatlichen Sektor nicht grundsätzlich abzulehnen. Denn auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der Wirtschaft unseres Landes können auch die privaten Unternehmer zum Aufbau der Industrie und zur Entwicklung der Landwirtschaft beitragen. Doch ist es absurd, die Verluste der staatlichen Betriebe als eine Folge der Politik der „Sozialisten“ hinzustellen. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Nicht die „linken“ Regierungen, sondern die Rechten haben sich immer wieder durch den oben beschriebenen Einsatz der „Subventionspumpe“ die Unterstützung der Unternehmer sichern wollen. Ein besonders eklatantes Beispiel lieferte der reaktionäre Demirel bei der Formierung der „Nationalistischen Front“ zusammen mit den Faschisten 1975: Vier Monate nach seinem Regierungsantritt senkte er die Preise für Kunstdünger um 30-35 % (April 1975), im September des gleichen Jahres wurden die Kunstdüngerpreise erneut um 10-20 % herabgesetzt. Die Stahlpreise hatte er im Mai 1975 um 30-40 % heruntersetzt.<sup>4</sup> Allein die Preissenkung für Kunstdünger bedeutete eine Subventionierung um 6 Milliarden türkische Lira (1976 entsprach diese Summe 200 Millionen DM) auf Kosten des Staatshaushaltes. Da der Kunstdünger überwiegend von den Großfarmern verbraucht wird, kamen rund 45 % dieser 6 Milliarden nur 12 % der landwirtschaftlichen Betriebe zugute.<sup>5</sup>

## Subventionierung durch die Arbeiter

Wie gewisse Renommier-Blätter die Tatsachen auf den Kopf stellen, kann auch die folgende Darstellung zeigen, die in einem Artikel von Herrn Franz von Caucig in der FAZ vom 2.2.81 nachzulesen war. Als Beispiel für die Unwirtschaftlichkeit der staatlichen Betriebe nennt er unter anderem die Anstalt für Sozialversicherung und spricht von den hohen Subventionen, die jährlich dieser Anstalt zufließen. Dabei verschweigt er, daß tausende von Unternehmern seit Jahren mit der Überweisung der Sozialversicherungsbeiträge, die sie von den Löhnen der Arbeiter einbehalten haben, im Ver-

zug sind. Die diesbezüglichen Forderungen der Anstalt für Sozialversicherung an die Unternehmer beliefen sich Ende 1980 auf 20 Milliarden türkische Lira.<sup>6</sup> Diese Summe entspricht den jährlichen Steuereinnahmen aller Kommunen in der Türkei. Ein großer Teil dieser riesigen Summe ist schon seit Jahren fällig; trotzdem wurde bisher nichts unternommen, um die Bezahlung zu erzwingen. Die Sozialversicherung der Arbeitgeber und der Angestellten wird zur gesetzwidrigen Finanzierung der privaten Industrie mißbraucht. Bedenkt man außerdem die Inflationsrate von 100 % im Jahr, so muß man kein Finanzexperte sein, um zu erkennen, daß allein mit Hilfe der Sozialversicherung die „freien Unternehmer“ Milliardenbeträge von den Versicherungspflichtigen „geschenkt“ bekommen. Was tut die Regierung der Junta angesichts dieser Situation? Anstatt die Eintreibung der Milliardenforderungen zu erlauben, ordnet sie eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge der Arbeiter an!

## Arbeit und Brot für „Graue Wölfe“

Doch die staatlichen Betriebe müssen auch auf andere Weise den Interessen des Kapitals dienen. So müssen sie insbesondere als „Futternapf“, für die Günstlinge und Lakaien der reaktionären Parteien erhalten. Aufgrund der verbreiteten Arbeitslosigkeit bietet die Kontrolle darüber, wer eingestellt wird oder nicht, große Möglichkeiten zur Manipulation und Korruption. Die Regierungen benutzen die staatlichen Betriebe als ein Instrument zur Schaffung von hörigen Gruppen innerhalb der Arbeiterschaft. Insbesondere seit 1975, in der Zeit der „Nationalistischen Front“-Regierungen unter Demirel, wurden die staatlichen Betriebe zu Stützpunkten der faschistischen „Grauen Wölfe“ gemacht. Die faschistische „Partei der Nationalistischen Bewegung“ des Obersten a.D. Türkes, die bei ihrer ersten Regierungsbeteiligung 1975 über nur 2 Abgeordnete verfügte, konnte überhaupt nur deshalb einen gewissen Masseneinfluß gewinnen, weil man ab 1975 gezielt Mitglieder und Anhänger dieser Partei einstellte. Auf diese Weise wurden „Stoßtruppen“ gebildet, die unter dem Schutz der Regierung zuerst die restlichen Arbeiter in dem fraglichen Betrieb „unterwarfen“, und anschließend die betreffende Stadt terrorisierten. Um die Zahl der Anhängerschaft erhöhen zu können, stellte man weit mehr Leute an, als es aus betriebswirtschaftlichen Gründen notwendig war.

Nach Angaben des Verbandes der Industrie- und Handelskammer der Türkei waren z.B. in dem neuen Stahlwerk von Iskenderun, das mit sowjetischer Hilfe gebaut und im Dezember 1975 in Betrieb genommen wurde, anstatt der ursprünglich vorgesehenen 9.500 mehr als 16.900 Personen eingestellt worden.<sup>7</sup> Es ist inzwischen gerichtlich erwiesen, daß die faschistischen Terroristen in diesem Betrieb für zahlreiche Mordtaten in Iskenderun, Adana und Kahramanmaraş verantwortlich sind. Bei den staatlichen Steinkohlebergwerken in Zonguldak beträgt die Zahl der überflüssigen Arbeitskräfte 20.000!<sup>8</sup>

## 16 Direktoren in 8 Jahren

Die Korruption und Günstlingswirtschaft im Dienste der reaktionären Parteien hat nicht nur an der unteren Ebene solche Auswüchse gezeitigt. Auch und gerade die leitenden Positionen wurden einbezogen. Denn die „richtige“ Besetzung dieser Posten war ja die Voraussetzung für die Verwirklichung der dargestellten Politik an der Basis. Parallel zu der Verschärfung der politischen Krise seit 1970 und zu den sich häufenden Regierungswechseln wurden die leitenden Kadern der staatlichen Betriebe immer wieder ausgewechselt. Es ist bekannt, daß nicht die Republikanische Volkspartei, sondern die rechten Parteien für diese Praxis verantwortlich sind. Man kann der Republikanischen Volkspartei höchstens den Vorwurf machen, daß sie die Anhänger und Kader der reaktionären Parteien in den staatlichen Betrieben nicht rigoros entfernt hat. Hätte sie sich zu einem solchen Schritt entschlossen, wäre der größte Widerstand von denjenigen gekommen, die heute die staatlichen Betriebe aufgrund dieser Gegebenheiten kritisieren. Trotz dieser zögernden Haltung der Republikanischen Volkspartei reichten schon die Auseinandersetzungen zwischen den rechten Parteien, um an der Spitze der staatlichen Betriebe eine unglaubliche Fluktuation zu bewirken. Ein Beispiel mag dies illustrieren. Nach Angaben des Verbandes der Handels- und Industriekammer der Türkei wurde der Generaldirektor des bereits erwähnten Stahlwerkes in Iskenderun in nur acht Jahren 16 (sechzehn) mal ausgetauscht.<sup>9</sup>

## Was hat man vor?

In Anbetracht dieser vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten im Dienste des Kapitals muß man sich unweigerlich fragen, warum die Vertreter der

Monopole heute überhaupt gegen den staatlichen Sektor aufzutreten. Hierzu gibt es im wesentlichen drei Gründe.

Erstens ist die bisherige Politik einfach zu teuer geworden. Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Krise haben die Verantwortlichen die traditionelle Politik der Subventionierung und Korruption seit 1975 so auf die Spitze getrieben, daß sie buchstäblich in ihr Gegenteil umschlug: Die vermeintlichen Problemlösungen sind selbst zur Ursache noch größerer Probleme geworden. Hatte man noch 1974 den staatlichen Sektor mit knapp 7,2 Milliarden Zuschuß aus dem Staatshaushalt in Gang gehalten, erhöhten sich diese Zuschüsse 1979 auf mehr als 78,6 Milliarden,<sup>10</sup> d.h. fast 20 % der gesamten Steuereinnahmen!

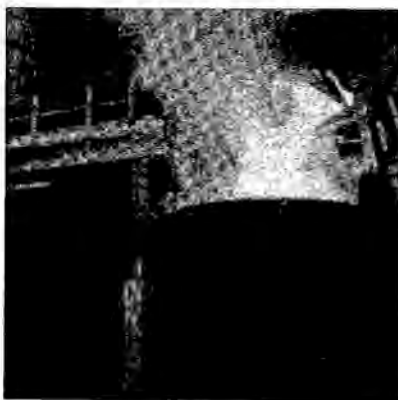
## Kein Geld nach dem Gießkannenprinzip

Zweitens fordern die Monopole bereits seit zehn Jahren eine neue Subventionierungsform, die auf ihre besonderen Wünsche zugeschnitten ist. Wenn die Preise für Strom, Zement, Stahl oder Kunstdünger künstlich niedrig gehalten werden, profitiert jeder, der diese Produkte von den staatlichen Stellen kauft, nach Maßgabe seines Verbrauches von den Subventionen. Folglich müssen die Monopole die Milliardenbeträge aus dem Staatshaushalt mit tausenden von mittleren und kleineren Unternehmen teilen. Sie fordern daher jetzt ein Subventionierungssystem, das nicht nach dem Gießkannenprinzip funktioniert. Die Subventionsbeträge sollen von Fall zu Fall festgelegt und nicht über Preise sondern unmittelbar als Geld an einzelne Firmen vergeben werden. Auf diese Weise werden die meisten kleineren und mittleren Unternehmer von den Subventionen ausgeschlossen.

Drittens ist das Ziel der gegenwärtigen Kampagne nicht etwa die vollständige Privatisierung der staatlichen Betriebe. Vielmehr sollen ihre Leistungsstrukturen in einer Weise umorganisiert werden, die den großen Monopolgruppen einen größeren und unmittelbaren Einfluß garantiert. Letzten Endes geht es darum, den staatlichen Sektor, der potentiell immer eine Bedrohung für die Vorherrschaft der in- und ausländischen Monopole darstellt (da er jenen ökonomisch ebenbürtig, ja sogar überlegen ist), als eine relativ selbständige Gruppierung auszuschalten.

## Staatssektor arbeitet produktiver

10 Doch das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Trotz ihrer vielfach absicht-



lich herbeigeführten Schwächen stellt der staatliche Sektor ein beachtliches industrielles Potential dar, sowohl was ihre technische Ausrüstung wie auch ihre Arbeitskräfte und Führungskader betrifft. Die Kampagne über die Verluste der staatlichen Betriebe kann die Tatsache nicht verdecken, daß der staatliche Sektor im ganzen produktiver als der private Sektor arbeitet. So lag z.B. 1975 die Arbeitsproduktivität in den staatlichen Betrieben der verarbeitenden Industrie um mehr als 71 % höher als die Arbeitsproduktivität in den privaten Betrieben der gleichen Industrie. Die diesbezügliche Überlegenheit der staatlichen Betriebe wächst. In dem gesamten Zeitraum von 1964 bis 1975 nahm die Arbeitsproduktivität in diesen staatlichen Betrieben um 122,5 % zu, während die Arbeitsproduktivität der privaten Betriebe in dem gleichen Zeitraum lediglich um 74,7 % zunahm.<sup>11</sup> Allein diese wenigen Zahlen zeigen bereits, wie irreführend es ist, pauschal über die angebliche „chronische Wirtschaftsmisere der staatlichen Betriebe“ zu sprechen. Betont werden muß auch die Rolle, die der staatliche Sektor bei der wirtschaftlichen Erschließung Anatoliens spielte und spielt, während die privaten Betriebe sich in zwei oder drei großen Industriezentren konzentrieren. So entfiel 1976 von der gesamten Wertschöpfung der privaten verarbeitenden Industrie 47 %, d.h. fast die Hälfte, auf eine einzige Stadt (Istanbul)! Für die staatliche Industrie betrug der gleiche Anteil lediglich 16 %.<sup>12</sup> Auch an diesem Beispiel erkennt man ohne weiteres, wie die Profitorientierung der privaten Industrie zur Verschärfung der sozialen Probleme des Landes führt und welche wichtige Rolle der staatliche Sektor als ein Gegengewicht hierzu spielt.

## Triebkraft der Industrialisierung

Das Potential des staatlichen Sektors wird in unserem Land nur zu einem Bruchteil eingesetzt, weil er bis heute

in der skizzierten Weise als eine „Subventionspumpe“ mißbraucht und ohne einheitliche Leitung verzettelt wurde. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise hat Stimmen laut werden lassen, die einen konzentrierten Einsatz der nationalen Ressourcen verlangen und dabei auch auf die großen Möglichkeiten der staatlichen Betriebe nicht verzichten wollen. So sah der von der Ecevit Regierung 1978 ausgearbeitete 4. Fünfjahresplan eine einheitliche Leitung des staatlichen Sektors vor. Der Aufbau einer eigenen Schwerindustrie sollte im wesentlichen mit Hilfe der staatlichen Betriebe verwirklicht werden. Eine Realisierung dieses Programms hätte die Positionen des durchweg Konsumgüter produzierenden Monopolkapitals in der Türkei merklich geschwächt.

Ende Januar wurde bekannt, daß die Direktoren einer Reihe von wichtigen staatlichen Konzernen abberufen und durch Generäle im Ruhestand ersetzt worden sind. Beobachter werteten diese Maßnahme als das erste Signal für die hinter verschlossenen Türen in Gang gekommene Überprüfung der bisherigen Wirtschaftspolitik. Die Widerstände innerhalb der Armee gegen einen wie auch immer gearteten Ausverkauf des staatlichen Sektors dürfen nicht unterschätzt werden. Ohne uns auf verfrühte Prophezeihungen einzulassen, können wir feststellen, daß die Haltung der Junta gegenüber dem staatlichen Sektor noch keine klaren Konturen gewonnen hat. Solange diese zentrale Frage offen bleibt kann auch die gesamte Ausrichtung der Wirtschaftspolitik noch nicht als endgültig betrachtet werden. ■

1 Dördüncü Bes Yıllık Kalkınma Planı (Der 4. Fünfjahresplan), Ankara 1979,

2 ebd., S. 302

3 Dönemler İtibariyle İmalat Sanayii, Ankara, 1979, DİE Yayın No. 873, S. 50-51

4 OECD Economic Surveys, Turkey, 1976, Paris, S. 45

5 Der 4. Fünfjahresplan, a.a.O., S. 121

6 Milliyet, 6.12.80 (Erklärung des Junta-Ministers für soziale Sicherheit, Sadık Side)

7 İktisadi Rapor 1979 (Wirtschaftsbericht 1979), Ankara 1979, S. 517

8 İktisadi Rapor 1979, S. 517

9 İktisadi Rapor 1979, S. 522

10 OECD Economic Surveys, Turkey 1980, S. 54

11 E. Kaya, Türkiye Yapım Sanayiinde emek üretkenlik endeksleri, Ankara 1978, S. 4

12 Annual Survey of the manufacturing Industry 1976, Ankara 1978. Eigene Berechnung aufgrund der dortigen Angaben.

# DISK-Gewerkschafter in der Türkei:

Fortsetzung v. S. 7

organisiert und die Gewerkschaftseinkünfte an die Terrorzentren, an die Grauen Wölfe und die MHP weitergeleitet haben, ohne jegliche Ermittlung freigelassen werden, sind bis heute alle Entscheidungen der Richter an den Kriegsrechtgerichten, die die DISK-Vertreter frei von aller Schuld sprechen, unter direkter Intervention der obersten Militärbehörden verworfen worden.

Der beste Beweis hierfür ist die erneute Verhaftung von Hunderten von DISK-Mitgliedern aus (wie zuletzt die Beschäftigten in der Druckerei der Gewerkschaft für öffentliche Dienste, Genel-Is), die aus Beweismangel aus der Untersuchungshaft entlassen worden waren und nunmehr aufgrund von Befehlen von oben wieder inhaftiert wurden.

Die ausgewechselten Militärgerichte haben auch das Verteidigungsrecht ausgehöhlt, die den Angeklagten nach der Militärprozessordnung zustehen. Die Unterdrückungsmaßnahmen in den Militärstrafanstalten sind sogar in der Presse zu finden. Deshalb ist es uns nicht möglich, daran zu denken, daß wir uns den Kriegsrechtsbehörden stellen, um unsere Unschuld zu beweisen. Andererseits ist es in der gesamten Öffentlichkeit sehr wohl bekannt, wie unhaltbar alle Anschuldigungen sind, die gegen uns und andere DISK-Gewerkschafter erhoben werden. Keine der Aktivitäten unserer Gewerkschaften, unserer Vorstände und unserer Mitglieder hat sich außerhalb des gesetzlichen Rahmens befunden. Jede unserer Entscheidungen wurde nach eingehenden Beratungen mit unseren Mitgliedern und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten getroffen, die uns gewählt haben. Jede unserer Aktionen hatte zum Ziel, allein die Interessen der Arbeiterklasse zu berücksichtigen.

Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates und Kriegsrechtskommandanten nennen Vorstandsmitglieder der DISK-Gewerkschaften „Gewerkschaftsbosse“ und beschuldigen sie, gewerkschaftliche Mittel und Anlagen für ihre persönlichen Interessen zu verwenden. Jedes DISK-Mitglied, jeder Mitbürger, der die Gewerkschaften ein wenig kennt, ist sich bewußt, wie wirklichkeitsfremd diese Anschuldigungen sind. Doch sollte nach „Gewerkschaftsbossen“ Ausschau gehalten werden, beispielsweise sollten die Türk-Is-Führer wie Özdemir, Elcelik und Side in betracht gezogen werden; Side sitzt heute im Kabinett. Dies ist nicht eine Meinung, die allein von uns vertreten wird, sondern eine Tatsache, die von hunderten tausenden Türk-Is-Mitgliedern vertreten wird.

Während die Unternehmer, die unseren Kollegen auch die letzten Groschen aus der Tasche ziehen wollen, weiterhin darauf bestehen, den Arbeitern auch die minimalsten Rechte zuzugestehen, wird es als Verbrechen dargestellt, daß unsere Gewerkschaften unter Inanspruchnahme der ihnen gesetzlich zustehenden Rechte in den Streit getreten sind.

Jetzt, wo die Streiks verboten, Lohnerhöhungen untersagt und gewerkschaftliche Rechte aufgehoben sind und die wirtschaftliche Krise sich trotzdem weiter verschärft, wird erneut deutlich, daß die Arbeiter und ihre Gewerkschaften weder an der Wirtschaftskrise noch an dem Produktionsverfall irgendeine Verantwortung tragen. Wenn die wahren Schuldigen der wirtschaftlichen Krise gesucht werden, müssen Vertreter des Großkapitals, die ausländischen Banken und

Gesellschaften zur Verantwortung gezogen werden. Denn ihre Profite wachsen unvermindert weiter.

Die Versuche, unsere Gewerkschaften mit Terrorismus in Verbindung zu bringen, wird durch die allgemein bekannte Haltung von DISK, die jegliche Art von Terror strikt abgelehnt hat, vollends ad absurdum geführt. Wenn es gilt, Gewerkschafter habhaft zu werden, die mit Terror in Verbindung stehen, dann müssen die Führer von MISK- und von der Türk-Metall-Stahl-Gewerkschaft zur Verantwortung gezogen werden, diejenigen, die ihre Gewerkschaftsgebäude in Munitionslager verwandelt und bezahlte Killer unterhalten haben und heute frei herumlaufen. Aus all diesen Gründen beantworten wir den Aufruf des Nationalen Sicherheitsrates wie folgt:

- Wir befinden uns nicht im Ausland, sondern in der Türkei.
- Als Gewerkschaftsführer tragen wir Verantwortung gegenüber unseren Mitgliedern. Wir haben nichts unternommen, was wir unserer Arbeiterklasse und der gesamten werktätigen Bevölkerung gegenüber nicht verantworten können. Deshalb werden wir uns nicht stellen, bevor diese Bedingungen verwirklicht sind:
- Alle verbotenen Gewerkschaften, mit Ausnahme von faschistischen Organisationen müssen wieder zugelassen werden.
- Sämtliche gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten müssen ohne jegliche Ausnahme gewährt werden.
- Alle Einschränkungen über das Streikrecht müssen aufgehoben werden; das Streikrecht ist unbegrenzt einzuführen.
- Jegliche Einschränkungen bezüglich der Koalitions- und Organisationsfreiheit der Arbeiter müssen aufgehoben werden.
- Vollständige Tarifautonomie ohne jegliche Intervention muß den Gewerkschaften zuerkannt werden; ihnen muß die Möglichkeit eingeräumt werden, die ausgehandelten Tarifverträge durchzusetzen und zu kontrollieren.
- Jegliche staatliche Intervention in die Vereinbarungen und innere Angelegenheiten der Gewerkschaften muß unterbunden werden; die Arbeiter müssen in der Lage sein, frei ihre Gewerkschaften zu führen.
- Entlassungen müssen sofort gestoppt und rückgängig gemacht werden; die ungezielten Angriffe der Arbeitgeber auf die ökonomischen und sozialen Rechte der Werktätigen müssen sofort unterbunden werden.
- Die den Arbeitern verordnete Sparpolitik muß aufgegeben werden.
- Folter und Unterdrückungspraxis über die verhafteten Gewerkschafter und andere Demokraten muß sofort beendet werden; jedem ist das Recht auf ein unabhängiges Justizverfahren zuzusichern.
- Unsere Aufgabe ist es, für die Verwirklichung dieser Forderungen zu arbeiten, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeiter, der Mitglieder von DISK und der Türk-Is zum Ausdruck bringen. Wir denken nicht daran, uns zu ergeben, ehe diese Forderungen verwirklicht worden sind. So lautet unsere Antwort.

Wir, die Arbeiter in der Türkei, die gesamte Arbeiterklasse unseres Landes, befinden uns in einer schwierigen Phase. Wir, gewerkschaftlich organisierte und unorganisierte Arbeiter, Mitglieder von

DISK und Türk-Is, wir alle sehen völlig klar, daß wir nach und nach aller unserer Rechte beraubt werden. Es wäre nicht so leicht, uns diese Rechte zu nehmen, wenn wir in der Vergangenheit einheitlich gehandelt hätten und nicht in getrennten Gewerkschaften organisiert wären. Heute ist es für jeden Arbeiter, für jeden Gewerkschafter unvermeidlich, daraus die Konsequenzen zu ziehen:

- Wir müssen uns einigen
- Wir müssen gewerkschaftliche Einheit herstellen
- Wir müssen freie Einheitsgewerkschaften aufbauen
- Zwietracht und Spaltungen müssen der Vergangenheit angehören;
- Unterschiedliche politische Auffassungen dürfen nicht ein Grund sein, der unsere Einheit für unsere gemeinsamen Rechte hindert
- Unsere Gespaltenheit dient allein den Arbeitgebern, den Feinden der Arbeiter
- Alle Arbeiter müssen sich ohne Ausnahme gewerkschaftlich organisieren
- DISK-Mitglieder müssen ihren Zusammenhalt aufrechterhalten
- Nur durch unsere Einheit können wir die böswilligen Pläne stoppen, die in unserem Land zur Anwendung kommen sollen
- Arbeiter, die in Türk-Is organisiert sind und DISK-Mitglieder sind Klassenbrüder; die Klassensolidarität muß die Schranke überwinden, die sie trennt. DISK-Mitglieder können ihre berechtigte Reaktion gegenüber den kompromißloseren Türk-Is-Führern des rechten Flügels nur dadurch in sinnvolle Bahnen lenken, indem sie sich mit Türk-Is-Mitgliedern brüderlich verbinden
- Türk-Is-Mitglieder und Funktionäre auf allen Ebenen müssen sich gegen die von Türk-Is-Führern eingeleitete Kampagne zur Diffamierung von DISK-Gewerkschaften und ihren Vorständen stellen und aufzeigen, daß diese Versuche die Verhinderung der Einheit der Arbeiter bezwecken
- Die Pläne der rechten Türk-Is-Führer, den DISK-Mitgliedern die Türk-Is-Gewerkschaften zu versperren, müssen durchkreuzt werden
- Alle Arbeiter müssen mobilisiert werden, um von unten nach oben die freien Einheitsgewerkschaften aufzubauen.
- Wir müssen Gewerkschaften gründen, die sich unter freier Bestimmung der Arbeiter für ihre Einheit und für die Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse einsetzen. Für diese Ziele müssen wir gemeinsam arbeiten, jede Möglichkeit in diesem Sinne ausnutzen.

Dies ist der einzige Weg, die Hände zu brechen, die sich nach der einzigen Scheiße Brot auf unseren Tischen strecken, und denjenigen Widerstand zu leisten, die Gewerkschaften zu Alibi-Objekten degradieren und die gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten nur auf dem Papier verwirklichen wollen.

Als Gewerkschafter, die sich unwiderruflich den Prinzipien der demokratischen Klassengewerkschaften verschrieben haben, und ausgehend von den Erfahrungen der letzten Jahre, rufen wir allen Kollegen zu:

Laßt unsere Kräfte einen, die Hindernisse vor der gewerkschaftlichen Einheit überwinden! Laßt uns gemeinsam die freien Einheitsgewerkschaften aufbauen! Produktion liegt allein in den Händen der Arbeiterklasse!" ■ 11

# Unterdrückt aber nicht resigniert

Es ist kein leichtes Unterfangen, die Situation der Frauen in der Türkei innerhalb des engen Raumes, der uns hier zur Verfügung steht, zu skizzieren. Sie widerspiegelt die Probleme und Widersprüche der türkischen Gesellschaft, wobei die Kontraste noch deutlicher zu sehen sind. Auf sie wirken die Überbleibsel der traditionellen, vorkapitalistischen Ordnung noch am stärksten ein. Diese Einwirkungen mischen sich mit den schlimmsten Auswüchsen der Gegenwart, indem das Geld zum obersten Prinzip der menschlichen Beziehungen erhoben worden ist. Zu diesem bunt-scheckigen Bild addiert sich noch die Vielfalt der ethnischen und landschaftlichen Unterschiede eines sich über tausende von Kilometern erstreckenden Landes.

Die Grundzüge erfassen wir am ehesten, wenn wir mit der Arbeitswelt beginnen. In der Türkei ist fast jede zweite Frau zwischen 15 und 64 erwerbstätig. Der Anteil der Erwerbstätigen in der genannten Altersgruppe (wenn man nur die Frauen betrachtet) betrug 1975 rund 46%.<sup>1</sup> Die Vergleichszahl für die BRD lag 1973 bei 48%.<sup>2</sup> Von den insgesamt 7 Millionen erwerbstätigen Frauen arbeiteten etwa 6 Millionen in der Landwirtschaft, 250 000 in der Industrie, 500 000 als Angestellte bzw. Beamte und 150 000 im Ausland. Die Tatsache, daß mehr als 80% der Frauen in der Landwirtschaft beschäftigt sind, gibt einen Hinweis auf äußerst schlechte Arbeitsbedingungen: Denn die Arbeitsgesetzgebung der Türkei bezieht sich ausdrücklich nur auf die nicht-landwirtschaftlichen Sektoren. Mit anderen Worten: Die Frauen arbeiten hier fast ohne jeden gesetzlichen Schutz. Bemerkenswert ist es auch, daß wiederum mehr als 80% der in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen als „unbezahlte Familienangehörige“ arbeiten. Das schließt aber nicht aus, daß sie einige Monate im Jahr auch Lohnarbeit verrichten.

Bekanntlich gehört das Dorf, das flache Land, zu denjenigen Bereichen, in denen die traditionellen Strukturen, Denk- und Verhaltensweisen am längsten erhalten bleiben. Deswegen ist die Konzentration der erwerbstätigen Frauen in der Landwirtschaft auch ein Zeichen dafür, daß sie noch unter dem

weniger als Eigentum ihres Mannes betrachtenden Vorstellungen leben müssen. Doch bereits hier gilt es, eine Einschränkung zu machen: Die Türkei der siebziger Jahre ist gerade auch durch einen raschen Wandel auf dem Lande charakterisiert. Dieser Wandel vollzieht sich anarchisch und ist oft mit schweren Lasten für die Masse der Bevölkerung (Arbeitslosigkeit, Verarmung, Trennung der Familien) verbunden. Doch spielt er auch eine positive Rolle, indem er die jahrhunderte alten Strukturen zerstört. So hat sich die Zahl der Traktoren von 1970 bis 1978 mehr als verdreifacht.<sup>3</sup> Heute überwiegt auch im Dorf die moderne Form der Familie, die Kleinfamilie. Die traditionelle Großfamilie kann sich auf dem Land nur noch in der dünnen Schicht der reichen Bauern bzw. der Großgrundbesitzer halten.<sup>4</sup> Unter den Millionen von landlosen und armen Bauern bildet sich ein neues Verhältnis der Geschlechter; die Frauen werden selbstbewußter und aktiver. Der große Anteil der bauer-

schrieben. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist gesetzlicher Grundsatz. Bei einer Geburt können sie insgesamt 12 Wochen Mutterschaftsurlaub in Anspruch nehmen. Es ist gesetzlich vorgeschrieben, daß jeder Betrieb, in dem mehr als 20 Arbeiterinnen beschäftigt sind, einen besonderen Raum zur Verfügung stellt, in dem die Säuglinge gestellt werden können. Jeder Betrieb, in dem mehr als 100 Arbeiterinnen arbeiten, muß sogar eine Kindertagesstätte unterhalten.<sup>5</sup>

## Rechte blieben auf dem Papier

Doch die meisten dieser Rechte existieren nur auf dem Papier. Gerade in den kleineren Betrieben der Leichtindustrie, in denen Frauenarbeit überwiegt, ist es gang und gäbe, daß die Kolleginnen ohne Sozialversicherung beschäftigt werden. Wer seine Rechte in Anspruch nehmen will, fliegt raus. Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche



Mädchen und Frauen auf dem Lande: Im Kampf um Demokratie und sozialen Fortschritt stehen sie nicht abseits

lichen Frauen an den Massenversammlungen und Demonstrationen der letzten Jahre, ihre aktive Rolle bei den Landbesetzungen 1968-70, wurde auch von ausländischen Beobachtern unterstrichen (siehe z.B. die Berichterstattung der bundesdeutschen Zeitungen über die Wahlkampagne im Juni 1977). Die Arbeiterinnen in der Industrie haben laut Gesetz und im Vergleich mit den in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen eine Reihe von wichtigen Rechten: Sozialversicherung und bezahlter Urlaub sind gesetzlich vorge-

Arbeit“ wird nur dort eingehalten, wo starke Gewerkschaften ihn durchsetzen können. Im ganzen Lande gibt es buchstäblich keinen privaten Betrieb, der die gesetzliche Forderung nach einem Säuglingsraum oder gar Kindertagesstätte erfüllt hätte. Da es in der gesamten Türkei lediglich 6 (sechs) staatliche Kindergärten gibt und die 132 privaten Kindergärten für Arbeiterfamilien unerschwinglich sind, stellt die Betreuung der Kinder ein großes soziales Problem dar. Im Ergebnis der raschen Urbanisierung hat dieses Problem ungeahnte

Ausmaße erreicht. Folgerichtig hatte der Fortschrittliche Frauenverband (IKD) den Kampf zur Durchsetzung der diesbezüglichen Gesetzesbestimmungen zu einem der Schwerpunkte ihrer Arbeit gemacht. Erst aufgrund der Kampagne des IKD hörten viele Frauen und Männer zum ersten Mal von der Existenz dieser Bestimmungen.

## Kindersterblichkeit trifft die Mütter

Die Situation der Kinder ist überhaupt ein Komplex, der mit der Situation der Frauen eng verbunden ist. Die Säuglingssterblichkeit gehört in der Türkei zu den höchsten der Welt: Von 1000 lebendgeborenen Kindern sterben 153 bevor sie ein Jahr alt werden. Zum Vergleich: in der DDR beträgt diese Zahl 19, in der BRD 24 und in Bulgarien 27.<sup>6</sup> Diese sehr hohe Todesrate ist bedingt durch Ernährungsmangel, fehlende medizinische Betreuung und Unwissenheit. Ihre Wirkung auf die Mütter kann man sich vorstellen. Die schlechte Ernährung der Kinder führt auch zu Wachstumsstörungen und bleibenden körperlichen und geistigen Schäden. Diese Situation hat sich insbesondere seit 1978 erheblich verschärft. Der drastische Rückgang der Reallöhne und der Masseneinkommen hat die Familien der arbeitenden Menschen mit dem Hunger konfrontiert. Die Frauen müssen zusehen, wie sie ohne Fleisch, mit weniger Zucker und Fett eine Mahlzeit auf den Tisch setzen können. Die ständigen Stromabschaltungen, der damit verbundene Ausfall des Leitungswassers, die Schwierigkeiten bei der Auftreibung von Propangas (wird in der Türkei zum Kochen verwendet) erschweren das tägliche Leben zusätzlich.

## Unwissenheit — besondere Form der Unterdrückung

Wir haben bereits die Unwissenheit als eine der wichtigsten Ursachen der Säuglingssterblichkeit erwähnt. Die Unwissenheit gehört zu den schlimmsten Formen der Unterdrückung der Frau. Die Zahl der Analphabeten ist unter den Frauen immer noch sehr hoch. Während 1975 der Anteil der Analphabeten unter der männlichen Bevölkerung 25% betrug, erreichte der gleiche Anteil unter der weiblichen Bevölkerung 52.<sup>7</sup> Das bedeutet, daß mehr als der Hälfte aller Frauen und Mädchen selbst die elementarsten Voraussetzungen für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit und die Teilnahme am öffentlichen Leben vorenthalten werden. Und dies 45 Jahre nach der Einführung der allgemeinen Schulpflicht!



Junge Mädchen in der Stadt: Sie trotzten dem Terror der grauen Wölfe — den Verfolgungen werden sie sich auch nicht beugen

Das bisher gesagte sollte nicht zu einer Fehleinschätzung führen. Es wäre sehr einseitig, die Frauen der Türkei lediglich als leidende, erduldende Opfer der unerträglichen Verhältnisse zu betrachten. Im Gegenteil: Sie bilden heute eine aktive und kämpferische Kraft, die man nicht unterschätzen darf. Sie haben sich seit 1908 (der ersten bürgerlichen Revolution in der Türkei), als sie zum ersten Mal auf den Straßen von Istanbul gegen die Diktatur demonstrierten und ihre Schleier fortwarfen, immer stärker im öffentlichen Leben engagiert. Jeder Aufschwung der Massenbewegung für Demokratie und sozialen Fortschritt bedeutete zugleich einen Schritt vorwärts für die Gleichberechtigung der Frau. In dem Nationalen Befreiungskrieg (1919-23) spielten sie bei der Produktion von Waffen und beim Nachschub eine wichtige Rolle. Es gab sogar Frauen, die als Guerrillakämpfer ausgezeichnet wurden (z.B. die berühmte „Schwarze Fatma“). Die Gründung der Republik führte bald zur Proklamation der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Damit wurden die Grundsätze, die die besten Köpfe des türkischen Volkes bereits im 19. Jahrhundert formuliert hatten, als Gesetz verkündet. Doch für die große Masse der Frauen blieb es bei dieser Proklamation. Lediglich die Frauen des Bürgertums und der Intelligenz konnten ihre Rechte wahrnehmen.

## Eine beachtliche demokratische Kraft

Heute haben die Frauen unseres Landes einen mächtigen Verbündeten im Kampf für Gleichberechtigung, für die Verwirklichung ihrer auf dem Papier

gebliebenen Rechte: Die Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften, insbesondere der Progressive Gewerkschaftsverband DISK, die Arbeiterparteien, die fortschrittlichen Organisationen insgesamt zählen in ihren Reihen hunderttausende von Frauen. Nicht von ungefähr ist die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), eine Frau (die siebzigjährige Frau Prof. B. Boran). Nicht von ungefähr spielten und spielen die Frauen und Mädchen bei den Streiks, bei den Maikundgebungen und bei der Verteidigung ihrer „gecekondus“ gegen die Abtreibkolonnen und die Polizei eine so hervorragende Rolle.

Der Fortschrittliche Frauenverband (IKD), über den wir in einem besonderen Beitrag berichten, ist zweifellos die wichtigste Errungenschaft der Frauenbewegung in der Türkei. Es ist unbestreitbar: Die Frauen und Mädchen unseres Landes überwinden die jahrhundertalten Vorurteile. Nicht nur sie, sondern auch die Männer erkennen zunehmend, wem die Diskriminierung der Frauen nützt. Und gemeinsam werden sie dafür sorgen, daß die Verhältnisse nicht so bleiben, wie sie sind.

- 1 Statistical Yearbook of Turkey (1977), S. 149, eigene Berechnung.
- 2 Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft, Wiesbaden 1975, S. 87
- 3 The summary of agricultural statistics 1978, Ankara 1979, S. 27
- 4 N. Abadan-Unat, The modernization of Turkish Women, The Middle East Journal, Vol 32, No. 3, S. 298 f.
- 5 Ebenda, S. 302
- 6 World Atlas of the Child; World Bank, 1979, S. 33 f. Alle Angaben für 1970.
- 7 Statistical Yearbook of Turkey (1977), Ankara 1977, S. 43

# Die Stimme der Frauen



Der Fortschrittliche Frauenverband (IKD) wurde am 10.6.75, im internationalen Jahr der Frau, von 30 Frauen in einem Gecekondu-Viertel Istanbul (Celiktepe) gegründet. Schon vier Jahre danach zählte er 15 000 Mitglieder. Frauen der unterschiedlichsten sozialen Herkunft organisierten sich in dem ersten eigenständigen Verband für Frauen, der einen Massencharakter gewann.

Frauenvereine gab es auch früher in der Türkei, doch blieben sie alle auf eine kleine Zahl von Wohlhabenden beschränkt und beschäftigten sich hauptsächlich mit der Organisierung von Wohltätigkeitsbällen. Der IKD setzte sich dagegen für die Gleichberechtigung in allen Bereichen des sozialen Lebens ein und stellte bewußt in Rechnung, daß dies tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen erfordert. In ihm organisierten sich Kurdinnen und Türkinnen, Bäuerinnen und Arbeiterinnen, Intellektuelle und Hausfrauen.

Da sie sich von Anfang an als eine Gemeinschaft von arbeitenden Frauen verstanden, arbeitete der IKD eng mit den Gewerkschaften zusammen. Ihre Mitglieder organisierten Solidaritätsbars für Streikende, versorgten sie mit Essen und fungierten selbst als Streikposten.

Durch diese Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen hat der IKD auch den Männern geholfen, die Wichtigkeit der Gleichberechtigung der Frau zu erkennen. Jeder konnte mit eigenen Augen sehen, welchen großen Beitrag die Frauen im Kampf um Demokratie und Frieden leisten; wenn sie selbständig und gleichberechtigt aktiv werden.

### Verwirklichung der Rechte

Die Kolleginnen im IKD gingen davon aus, daß die Frauen in der Türkei auf dem Papier eine Reihe von Rechten besitzen, diese jedoch in Wirklichkeit nicht wahrnehmen können. So arbeite-

ten sie mit Nachdruck für die Propagierung und Verwirklichung dieser Rechte. Die breite Kampagne „eine Kindertagesstätte in jedem Betrieb mit mehr als 100 Arbeiterinnen“ ist ein Beispiel dafür. Diese Forderung ist eigentlich vom Gesetz zwingend vorgeschrieben, wird aber seit Jahrzehnten einfach ignoriert. Zehntausende von Menschen erfuhren auf diese Weise zum ersten Mal von der Existenz solcher Bestimmungen und forderten ihre Verwirklichung.

Ähnlich verhielt es sich mit der Kampagne des IKD „Jeden Tag ein Glas Milch für jedes Kind“. Solche Forderungen wurden mit dem Kampf für Frieden und Abrüstung verbunden, so daß jeder auch erfahren konnte, wofür die Mittel, die für die geforderten Maßnahmen nicht vorhanden sind, verschleudert werden.

Des weiteren trat der IKD gegen verfassungswidrige Gesetze auf, die dem Grundsatz der Gleichheit der Geschlechter zuwiderlaufen. Sie forderte z. B. die Entfernung der (aus dem Schweizer Bürgerlichen Gesetzbuch übernommenen) gesetzlichen Bestimmung, wonach verheiratete Frauen nur mit Erlaubnis ihrer Ehemänner eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können.

Es wurde bereits angedeutet, daß die Frauen und Mädchen im IKD sich nicht nur auf konkrete Probleme aus dem täglichen Leben beschränkten. Der Kampf für Frieden und Völkerfreundschaft, die ja die wichtigsten Voraussetzungen für ein besseres Leben sind, ging wie ein roter Faden durch alle Aktivitäten des IKD. Es war der Fortschrittliche Frauenverband, der in der Türkei 1976 zum ersten Mal dazu aufrief, den 1. September als Weltfriedenstag zu begehen. Dieser Aufruf wurde von zahlreichen großen Organisationen aufgegriffen. In Ankara und Istanbul fanden Massenveranstaltungen statt. Im Lauf der weiteren Entwicklung wurde das Friedenskomitee der Türkei gegründet, in dem die Frauen eine wichtige Rolle spielen. In der Kampagne gegen die Neutronen-Bombe, gegen die neuen Raketen der

NATO und den US-Stützpunkten in der Türkei standen die Frauen und Mädchen immer in vorderster Reihe.

### Treffen mit griechischen Kolleginnen

Das Eintreten für Frieden und Freundschaft hatte viele Formen. Der IKD organisierte zahlreiche Treffen mit den Frauen unserer Nachbarländer. Frauen aus Griechenland, Zypern, Bulgarien und der UdSSR besuchten die Türkei und sprachen auf den Veranstaltungen des IKD. Auf diese Weise wurde der chauvinistischen und anti-kommunistischen Kampagnen der reaktionären Kreise ein schwerer Schlag versetzt. So haben die Frauen einen unschätzbaren Beitrag dazu geleistet, daß die Friedensbewegung in der Türkei zu einer wahren Massenbewegung wurde.

Der IKD arbeitete unter äußerst schwierigen Bedingungen. Der Terror der Faschisten und der Maoisten einerseits, die Behinderung und Verfolgung durch die Polizei andererseits waren ihre ständigen Begleiter. Nicht wenige IKD Mitglieder wurden ermordet, Dutzende verloren ihre Männer, Brüder und Söhne. Das alles konnte ihre rasche Entwicklung nicht stoppen. Schließlich sahen sich die Herrschenden gezwungen, zu offen gesetzwidrigen Praktiken zu greifen. Am 28. April 1979 wurde der IKD von der Istanbul-Kriegsrecht-Kommandantur ohne Angabe von Gründen verboten. Selbst eine bloß formal juristische Grundlage für diesen Willkürakt gab es nicht. Sie wurde bis heute nicht gegeben.

Doch der IKD genießt das Vertrauen und die Unterstützung von zehntausenden Frauen. Das ist eine feste Grundlage, die durch Verbote und Verfolgungen nicht zerstört werden kann. Die Erfahrungen die der IKD in seinem knapp vierjährigen Bestehen gesammelt hat, sind der beste Beweis für die schöpferische Kraft der Frauen unseres Landes. Sie werden auch diese Welle der Verhaftungen und Folterungen überwinden.

# Meryem



## (1954-1980)

Meryem Karakiz war Mitglied des IKD. Wie tausende von IKD-Mitgliedern setzte sie sich unermülich für die Gleichberechtigung der Frauen, für humane Arbeitsverhältnisse, den demokratischen gesellschaftlichen Fortschritt und Frieden ein. Sie war ein entschiedener Gegner der Faschisten. Deshalb gewann sie das Herz ihrer Kollegen, aber auch die Feindschaft der faschistischen Mörder der Grauen Wölfe. So wurde sie am 24.8.80 auf dem Weg vom Betrieb zum Gewerkschaftshaus zusammen mit zwei Kollegen hinterhältig von den Faschisten überfallen. Karakiz und ihr Kollege Yumrutepe wurden ermordet. Die Frau des ermordeten Yumrutepe kam mit schweren Schußwunden davon. Die folgenden Aussagen über Meryem Karakiz von ihr, von Kollegen und von Freunden, zeichnen das Bild einer Frau, die Vorbild ist für zehntausende Frauen und Mädchen, die sich im IKD organisiert haben.

### Meryem Karakiz über sich selbst

Ich bin in einem Dorf von Adana (Provinz im Süden der Türkei – Anm. d. Ü.) geboren. Wir waren zehn Geschwister. Es gab weder einen Acker, den man bewirtschaften, noch einen Betrieb, in dem man arbeiten konnte. Wir emigrierten nach Adana. Mein Vater war sehr alt und krank. Meine Schwester und ich lernten. Und die Stadt schluckt die Menschen auf. „Wenn du Arbeit hast, kannst du leben.“ Und so fing ich an zu arbeiten. Ich verließ die Schule, die ich so gerne mochte. Ich war 11 Jahre alt. Ich ließ mein Alter heraufsetzen und begann bei Güney Sanayi (große Textilfirma – A.d.Ü.) zu arbeiten. Wir wollten von der Gewerkschaft Teksif (Die Gewerkschaft Teksif gehört dem Gewerkschaftsbund Türk-Is an – A.d.Ü.) zum DISK überwechseln; da wurde ich entlassen. Später arbeitete ich bei Tekel (staatl. Monopolbetrieb – A.d.Ü.) und danach bei Sümer (Firmengruppe der Sümer-Bank – A.d.Ü.). Auch bei Sümer wurde ich entlassen, weil wir dem DISK beitreten wollten. Und so ging ich zu der SASA (Textilfirma – A.d.Ü.), die die Fabrik der Monopolbosse ist.

Als ich eines Tages zur Arbeit kam, wurde mir gesagt: „Dein Bruder wurde von den Maoisten erschossen.“ Mein

Herz erfüllte sich mit Haß. Auf jeden Fall mußte ich den Mörder meines Bruders umbringen. Die Kolleginnen vom IKD, die zu diesem Zeitpunkt bei mir waren, erläuterten mir, daß individuelles Handeln falsch ist. Sie sagten: „Die beste Antwort, die wir geben können, ist die Realisierung der UDC (National Demokratische Front – A.d.Ü.)“. Und ich übernahm die Fahne meines Bruders. Jetzt setze ich meinen Kampf trotz aller Schwierigkeiten unermülich fort.

### Kollegen über Karakiz

#### Gülây Tuncay (SASA-Arbeiterin)

Meryem kümmerte sich besonders um ihre schwangeren Kolleginnen. Sie schickte sie immer zum Ausruhen weg und arbeitete an ihrer Stelle. Sie hatte große Achtung vor der Mutterschaft...

#### Eine andere Arbeiterin von SASA

Eines Tages saßen wir im Gewerkschaftshaus. Eine Kollegin sammelte Solidaritätsspenden. Neben uns saßen Meryem und ihre Schwester Yeter. Die Kollegin, die Spenden sammelte, sprach Yeter an: „Wieviel gibst du, Yeter?“ Yeter öffnete ihre Tasche und schaute in sie hinein. In ihrer Tasche hatte sie etwa 15 - 20 Lira. Sie hob den Kopf auf und zeigte ihr Geld, als ob sie sagen wollte, sie hätte leider kein Geld mehr und schaute ihre Schwester Meryem an. Da sagte Meryem zu ihrer Schwester: „Du wirst es geben. Was du hast, wirst du für die Solidarität geben, auch wenn du keine fünf Kurusch mehr hast.“ Da gab Yeter ihr ganzes Geld der Kollegin, die Spenden sammelte.

In solchen Momenten gehen so viele Sachen durch den Kopf des Menschen. Auf der einen Seite Mädchen, die nicht

wissen, was sie mit ihrem Geld machen sollen, Frauen, die in Milch baden, und auf der anderen Seite Frauen wie Meryem...

#### Mehmet Niksarli (SASA-Arbeiter)

Wir suchen bei einem Menschen solche Charaktereigenschaften wie Kameradschaft, Tapferkeit, Aufrichtigkeit und gutes Verhalten. Sie besaß alle diese Eigenschaften. Wir verloren eine tapfere Kämpferin.

#### N. Eser (Tekel-Arbeiterin)

Im vergangenen Juni wurde Meryem ohne Begründung vom Betrieb abgeführt und wir erhielten 8 Tage lang keine Nachricht von ihr. Als sie freigelassen wurde, fragten wir, was passiert sei. Lächelnd sagte sie: „Nicht so wichtig, in der alten Wohnung wurden Bücher von Ali gefunden, nur deshalb“ und schloß das Thema ab.

Was mit Meryem geschah, erfuhren wir später von einem Kollegen, der beim 1. Kommissariat (politische Polizei – A.d.Ü.) landete und die Gespräche der Polizisten untereinander mitbekam. Ein Polizist hatte gesagt: „Schau nicht auf die Männer; wir hatten ihre Mädchen hier. Tag und Nacht schlugen wir und nichts erfuhren wir aus ihrem Mund.“ Da erinnerten wir uns, daß Meryem nach ihrer Freilassung über Rückenschmerzen klagte und drei ihrer Finger nicht bewegen konnte...

#### Die jüngere Schwester von Meryem, Yeter:

Es war etwa vor einem Jahr. Meine Schwester und ich kehrten nach der Nachtschicht nach Hause zurück. Der Weg zu uns nach Hause war sehr einsam. Plötzlich stand einer von den Faschisten des Viertels vor uns. Er zog seine Pistole und sagte zu meiner Schwester: „Hör mal zu, wir haben gehört, du würdest den Fortschrittlichen helfen.“ „Nein,“ sagte meine Schwester, „ich helfe ihnen nicht, ich bin selbst eine Fortschrittliche. Wenn du mich erschießen willst, dann tue es, mit dem Richten der Pistole auf mich ist nichts getan.“ Sie schob dann die Waffe zur Seite und ging weiter. Wir kamen nach Hause. Später mußten wir jedoch dieses Viertel verlassen.

Aynur<sup>1</sup>, 45 Jahre alt; sie ist vor 12 Jahren in die Bundesrepublik gekommen, um zu arbeiten. Ihr Mann ist arbeitsunfähig krank und pflegebedürftig, einer ihrer Söhne hat Kontakt zur Drogenszene. „Es ist alles sehr schwierig hier, aber es muß gehen.“

Oder: Bingül<sup>1</sup>, 17 Jahre alt; sie ist erst vor drei Monaten in die Bundesrepublik gekommen – jung verheiratet. Das erste Kind ist unterwegs. Sie lebt mit ihrem Mann bei seinen Eltern, zusammen mit dem Bruder ihres Mannes und dessen Familie.

Oder: Beriwan<sup>1</sup>, 20 Jahre alt; sie ist vor 10 Jahren von ihren Eltern in die Bundesrepublik nachgeholt worden, seit 5 Jahren arbeitet sie. Von ihrer Umgebung kennt sie nur den Weg von der Wohnung zur Arbeit.

Oder: Sevim<sup>1</sup>, 40 Jahre alt; sie und ihr Mann leben und arbeiten seit 10 Jahren in der Bundesrepublik. Die Kinder – 11 und 6 Jahre alt – sind in der Türkei. Sevim hat Sehnsucht nach ihnen.

Vier Einzelschicksale – es ließen sich weitere anführen: ca. 350.000, deren Gemeinsamkeit darin besteht, daß sie einen türkischen Paß haben und somit in der Bundesrepublik den Bestimmungen des Ausländergesetzes unterliegen; sie haben, gemeinsam, daß sie weiblichen Geschlechts sind, Frauen mit allen Konsequenzen im familiären Bereich (z.B. Schwangerschaft, Mutterschaft) und im gesellschaftlichen Bereich (z.B. Schule, Ausbildung, unqualifizierte Arbeit). Anders gesagt: Die Frau aus der Türkei – wie wohl jede Arbeitsemigrantin – ist als Ausländerin, als Angehörige der Arbeiterklasse und als Frau dreifach diskriminiert in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Mehr noch: Aufgrund ihrer besonderen Situation als Frau und ihres Status als Ausländerin, trifft sie jede Diskriminierung von Ausländern und von Frauen, besonders hart.

### Arbeiterinnen aus der Türkei – dreifach diskriminiert

Diskriminierung von Ausländern, sprich Ungleichheit, bedeutet zunächst Unsicherheit über die Dauer des Aufenthalts im „Gast“-land, bedeutet auch, daß die Erteilung der Arbeitserlaubnis einem Gnadenakt gleicht. Seit dem Anwerbestopp 1973 dürfen Familienangehörige zwar noch in die Bundesrepublik einreisen; eine Arbeitserlaubnis er-

## Wie emanzipiert ist Fatma?

halten die so eingereisten Ehemänner bzw. Ehefrauen jedoch erst nach drei Jahren Wartezeit. Konkret: Ist der Ehemann schon vor seiner Frau hier gewesen, so ist nicht nur die Aufenthaltserlaubnis abhängig von der des Mannes, womit er allein über den Aufenthaltsort der Familie – im Rahmen seines Entscheidungsspielraumes – bestimmen kann, die nachreisende Frau ist auch finanziell in totale Abhängigkeit gedrängt. Ist die Frau schon vor dem Anwerbestopp in der Bundesrepublik gewesen und der Ehemann nachgereist, so muß die Frau mindestens 3 Jahre den Lebensunterhalt der Familie alleine sichern; als Frau wird sie zudem besonders niedrig entlohnt, muß sie zudem besonders um ihren Arbeitsplatz fürchten, da Frauen bekanntermaßen in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit als erste „gefeuert“ werden.

Die Unsicherheit über den aufenthaltsrechtlichen Status – die Bundesrepublik weigert sich ja noch immer, die Anwesenheit der hier lebenden Familien als endgültig zu akzeptieren – führt innerhalb der ausländischen Familien nicht selten zu einem Entfremungsprozeß zwischen Eltern und Kindern: Mit Rücksicht auf die nicht auszuschließende Rückkehr sollen die Kinder z.B. im Heimatland ausgebildet werden (wofür dann auch noch weniger Kindergeld gezahlt wird). – Leben die Kinder in der Bundesrepublik, entfremden sie sich von der heimatlichen Kultur, was die Mütter am wenigsten verkraften können, weil sie aufgrund ihrer Bildungsvoraussetzungen am stärksten mit dieser Kultur verhaftet bleiben: Schon gibt es Familien, in denen die Kinder unter sich Deutsch sprechen und die Mütter sie dann nicht verstehen. Die Entfremung von den Kindern ist für die Frau aus der Türkei wohl eines der gravierendsten Probleme, hat sie doch das Schicksal der Emigration eigentlich nur auf sich genommen, damit die „Kinder es einmal besser haben“.

Auch die Einführung des Visumzwangs für türkische Staatsangehörige seit Oktober 1980 wirkt sich negativ für Frauen aus: Bei plötzlichen Krankheiten

von Familienangehörigen oder bei Schwangerschaft entlastete bisher der Besuch von Verwandten aus der Türkei; so ist z.B. die Anwesenheit der Mutter bei Erstgebärenden, die sich bei der Entbindung kaum sprachlich verständlich machen können, eine erhebliche Erleichterung. Ersten Berichten zur Praxis der Visaerteilung zufolge werden solche Überlegungen allerdings nicht berücksichtigt: Die Antragsteller in der Türkei müssen „in der vagen Hoffnung, alles werde glattgehen“ (Frankfurter Rundschau vom 16.2.81) zunächst in eine der wenigen Städte der Türkei reisen, die ein deutsches Konsulat haben, müssen dann glaubhaft nachweisen, daß sie „nur mal auf Besuch“ in die Bundesrepublik wollen; ein solcher Nachweis ist nicht einmal erbracht, wenn ein Rückflugticket vorgezeigt werden kann.

Nun wird sich vielleicht mancher Leser fragen, warum bis hierher noch nicht ein einziges Mal die am häufigsten gebrauchten Begriffen im Zusammenhang mit Frauen aus der Türkei erwähnt wurden: Isolation, Anpas-



Unsere Frauen in der BRD: Sie nehmen

<sup>1</sup> Die Namen wurden von der Redaktion geändert.



sungsschwierigkeiten und Kleidung, Ausländerinnen in Frauenhäusern. Alle diese Begriffe erhalten dann einen anderen Stellenwert, wenn sie im Zusammenhang nicht nur mit Ausländerinnen, sondern auch mit einheimischen Frauen gesehen werden, und zwar mit der vergleichbaren Gruppe einheimischer Frauen: Arbeiterinnen und Frauen von Arbeitern.

**Isolation:** Wer türkische Familien kennt, wird bestätigen können, daß türkische Nachbarn weit weniger isoliert sind, als dies in den Neubaughettos in den Vororten von Großstädten unter deutschen Bewohnern der Fall ist. Isolation besteht dort vor allem für Hausfrauen. — Wenn von Isolation im Zusammenhang mit Türkinnen gesprochen wird, ist meistens gemeint, daß sie keine oder nur sehr wenig Kontakte zu deutscher Umgebung haben. Eine Tatsache, die Konsequenzen hat, denn viele Türkinnen werden so als Personen erheblich reduziert: Sie können nicht über ihre Situation berichten, ihre Forderungen stellen; sie können auch nicht ausreichend informieren über ihre Rechte, über ihre Möglichkeiten und die ihrer Kinder.

**Anpassungsschwierigkeiten:** In der Tat haben die Türkinnen offensichtlich die schlechtesten Voraussetzungen, sich in der bundesrepublikanischen Gesellschaft einzugliedern, wobei Unterschiede festzustellen sind, je nach Dauer des Aufenthalts und je nachdem, ob sie arbeiten oder „nur“ Hausfrauen sind. Setzt man Alkohol- und Tablettenkonsum sowie psychische Probleme als sichtbare Zeichen für Anpassungsschwierigkeiten an die bestehenden

Werte und Normen, so muß festgestellt werden, daß nicht nur Türkinnen sich schwer tun beim Anpassen. — An dieser Stelle auch eine Bemerkung zu der Kleidung von Türkinnen: Die Einheimischen bemerken die Türkinnen als Türkinnen eigentlich nur, wenn sie so gekleidet sind, wie man sich eine Türkin vorstellt, d.h. vor allem muß sie ein Kopftuch tragen. Trägt sie kein Kopftuch, ist aber aufgrund ihrer Gesichtszüge als Ausländerin erkennbar, so wird sie als „Spanierin“, als „Italienerin“ etc. angesehen. Übrigens, Aynur, die einen pflegebedürftigen Mann versorgt, trägt ein Kopftuch; Sevim, die nur ihre Wohnung und ihren Arbeitsplatz kennt, kleidet sich ausgesprochen „modern“ — sie trägt kein Kopftuch und Jeans.

### Gemeinsam für gleiche Rechte von Ausländern und Frauen

**Türkinnen in Frauenhäusern:** Daß einheimische Frauen von ihren Männern geschlagen werden, daß ohne diese Tatsache kein einziges Frauenhaus existieren würde, wird nur allzuleicht vergessen, wenn von den Ausländerinnen in diesen Häusern gesprochen wird. Einige, nicht alle Frauenhäuser, berichten von einem überdurchschnittlich hohen Ausländerinnenanteil: Sicherlich ist dafür nicht die besondere „Schlagfreudigkeit“ von Ausländern verantwortlich, sondern der Umstand, daß mehr Ausländerinnen als Deutsche nicht wissen, bei wem sie sich vor ihrem „schlagenden“ Mann verstecken können; sei es, weil Freunde in der Umgebung keine räumlichen Möglichkeiten für eine vorübergehende Unterbringung oder kein Verständnis für das Wegrennen der Frau haben, sei es, weil die Verwandten nicht in der gleichen Stadt leben. Der Koran, der vielerorts zitiert wird, wenn davon die Rede ist, daß eine Türkin geschlagen wird, enthält — übrigens ebenso wie die Bibel — sowohl Stellen, die Feindliches, als auch Stellen, die Freundliches über Frauen aussagen.

Es gibt genügend Gemeinsamkeiten von einheimischen und ausländischen Arbeiterfrauen, wenn auch die Ausgangsbedingungen für die Ausländerinnen in der Bundesrepublik schwieriger sind. Wie die angekündigten Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag am 8. März zeigen, sind sich Frauen dieser Gemeinsamkeiten bewußt: Allorten wollen die bundesrepublikanischen Frauen mit Frauen der verschiedensten Nationalitäten gemeinsam diesen Tag feiern, gemeinsam ihre Forderungen stellen, gemeinsam für ihre Forderungen kämpfen.

## Stichwort: Gecekondu

Gecekondu — „über Nacht gebaute Häuser“ — so werden die Häuser und Ansiedlungen genannt, die nach alter Tradition ohne Genehmigung auf nicht genutzten, fremden Grund und Boden aufgestellt werden. Die Häuser sind meist einfach gebaut, bilden aber für die Besitzer die einzige Möglichkeit zu wohnen, wobei die Preise für die Baumaterialien inzwischen kaum noch erschwinglich sind; neu Zureisende, die hauptsächlich aus den ländlichen Gebieten der Osttürkei in die Großstädte wandern, zahlen Wucherzinsen für diese Baumaterialien.

Da die Gecekondu „illegal“ sind, haben sie keinen Stromanschluß, keine Wasserzuleitung, keine Verbindung zum öffentlichen Verkehrsnetz. Allerdings wurden solche Gebiete häufig im nachhinein legalisiert, besonders, wenn Wahlen vor der Tür standen; aber auch die solcherart legalisierten Gecekondu sind meist noch unterversorgt mit diesen Einrichtungen.

In den letzten Jahren wurden auf diese Weise auch Wohnhaussiedlungen mit Häusern bis zu 6 Stockwerken gebaut: Spekulanten investierten auf staatlichem oder städtischem Boden und vermieten die Wohnungen, die — zumindest bis zu neuen Wahlen — ebenfalls ohne Strom, ohne ausreichende Kanalisation ohne Busverbindung bleiben.

## Baslik — Brautpreis

Besonders auf dem Land und dort wiederum besonders im Osten wird der Familie der Braut von der Familie des Bräutigams ein „Brautpreis“ — baslik — bezahlt. Brautpreis wird von den Beteiligten nicht als „Kaufpreis“ verstanden, sondern als Entschädigung für den Verlust einer Arbeitskraft. Die Eltern der Braut haben später auch keinen Anspruch auf Altersversorgung von ihrer Familie; ein Anspruch hierauf besteht lediglich an die Söhne und deren Familien.



en aktiv an der Arbeit der FIDEF teil

# Huldigungsbriefe zur Täuschung der Öffentlichkeit

Eine Dienstleistung besonderer Art bietet neuerdings der Kölner Generalkonsul der Republik Türkei, İlhan Kiciman, seinen Landsleuten an, die ihn ahnungslos wegen konsularischer Angelegenheiten aufsuchen: Sie werden aufgefordert, vorgefertigte Huldigungsbriefe für die Junta zu unterschreiben, in denen Demokraten aus der Türkei im Ausland übelst beschimpft werden.

□

Anmerkung zu den Übersetzungen: Die verschobenen Formulierungen sind nicht durch die Übersetzung entstanden, sondern entsprechen dem türkischen Original.

Republik Türkei Generalkonsulat  
Köln, Januar 1981

Meine lieben Landsleute, es ist uns allen bekannt, wie sehr die Situation, in der sich unsere Türkei in der Zeit vor dem 12. September 1980 befand, die türkische Nation, die keine andere Sorge hat, als daß sich unser Land entwickelt und gedeiht, Ihnen als unverzichtbarer Bestandteil, Arbeiter, Lehrer, Selbständige, Frauen, Männer und Kinder, die mit ihrem Schweiß auf der Stirn in Deutschland arbeiten, Leid getan hat, so daß sogar unsere ausländischen Freunde aufgrund dieser Entwicklung Sorge empfanden.

Gott sei dank sind unsere Sorgen bereits mit der Hilfe der türkischen Armee, die unser aller Zuversicht ist, hinter uns geblieben, die extremistischen Tätigkeiten unter Kontrolle gekommen, die Lebens- und Eigentumsicherheit unserer Mütter und Väter, Kinder und Geschwister gesichert und die Räder unseres Staates wieder in Gang gesetzt.

Während die Lage so ist, organisieren einige Dummköpfe in Deutschland Demonstrationen gegen unser Land, stellen Behauptungen über Folterungen auf und initiieren Hungerstreiks. Es wird von den Türken in Deutschland mit Abscheu verfolgt, wie Teile der deutschen Presse, des Rundfunks und des Fernsehens und einige deutsche Politiker bewußt oder unbewußt für die Tätigkeiten gegen unser Land zum

Werkzeug gemacht werden und sie unterstützen.

Diese Leute können den Mut zeigen, im Namen von 1,5 Millionen türkischen Staatsbürgern, die in Deutschland leben, arbeiten oder lernen und sich nur um ihre eigenen Sachen kümmern, zu sprechen. Es ist jetzt die Zeit gekommen, ihnen eine Lehre zu erteilen, daß auch wir ihnen zeigen, daß das Feld nicht für sie da ist. Nur müssen wir die wirkliche Lage mit Hilfe einer würdigen und besonnenen Methode, wie es der türkischen Nation und unserem Atatürk würdig ist, zur Sprache bringen.

Im Anhang stelle ich Ihnen die Texte zur Verfügung, die ich als Muster vorbereitet habe. In Deutsch oder in Türkisch, handschriftliche oder mit Maschine geschriebene, oder auch selbst verfaßte Briefe werden wir in Zusammenarbeit in kürzester Zeit an die in der beigefügten Liste angegebenen Adressen schicken und somit beweisen, daß es in Deutschland Türken gibt. Es ist notwendig, diese Texte zu vervielfältigen, den Landsleuten weiterzuleiten und die Landsleute zum Verschicken zu bewegen.

Ich wiederhole meine Zuversicht darauf, daß Sie, meine werten Landsleute, sich verantwortungsbewußt verhalten werden und wünsche Ihnen Glück und Geborgenheit.

İlhan Kiciman  
Generalkonsul

### Musterbrief 1

Wir, die in Deutschland wohnenden Türken, stellen mit Bedauern fest, daß die deutsche Öffentlichkeit zeitweise in bezug auf die Türkei irreführt wird.

Hunderttausende Türken, die in Deutschland leben, sind an der Seite ihrer Armee. Sie unterstützen die getroffenen Maßnahmen in der Türkei mit ihrer ganzen Kraft. Folterbehauptungen, die sogenannten Hungerstreiks und die Verleumdungsversuche gegen die Türkei verlieren aufgrund dieser Tatsache ihre Bedeutung.

Wir verurteilen und tadeln die deutschen Politiker, die die von einigen extremistischen Gruppen in Deutsch-

land geführten Aktivitäten für gut heißen.

### Musterbrief 2

Die türkische Nation und alle in Deutschland lebenden 1,5 Millionen Türken als deren unverzichtbarer Bestandteil vertrauen der türkischen Armee und unterstützen sie.

Im Land wurde Frieden und Ruhe hergestellt, die Lebens- und Eigentumsicherheit gewährleistet und die Zukunft des türkischen Staates garantiert. In der Türkei wird die Demokratie herrschen. Es kann auch nichts anderes sein, was sich die europäischen Länder wünschen.

Wir sind sicher, daß sich die deutschen Politiker dieser Tatsache bewußt sind.

### Musterbrief 3

Es gibt viele Länder in der Welt, um deren Zukunft man sich Sorgen macht. Jedoch ist die Türkei keines dieser Länder. Die Türkei ist ein europäisches Land, das die Menschenrechte achtet.

Die türkische Nation und die türkische Armee sind mit der Demokratie verbunden. Die deutsche Öffentlichkeit wird zeitweise in bezug auf die Türkei irreführt.

Hunderttausende Türken, die in Deutschland leben, unterstützen die Militärregierung, die zur Zeit die Macht in der Hand hat, mit ihrer ganzen Kraft und bejahen die getroffenen Maßnahmen.

Bitte teilen sie auch dies als unsere Meinung der deutschen Öffentlichkeit mit.

### Musterbrief 4

Die böswilligen Verleumdungen der Handvoll Hilflosen, die Aktionen wie Hungerstreiks initiieren und die solidarisch sind mit den Schuldigen der Gewaltakte in unserem Land, die dazu geführt haben, daß allein in den letzten zwei Jahren mehr als 5000 von unseren Menschen ermordet wurden, lösen große Sorgen bei uns aus. Dadurch, daß die deutschen Politiker die Verleumdungen beachten und diese Personen türkische Gastarbeiter nennen, werden unsere Sorgen größer.

Wir erwarten von Ihnen, der deutschen Öffentlichkeit bekanntzugeben, daß diese Vaterlandsfeinde, die aufgrund der Beendigung der Gewaltakte beunruhigt werden, die uns alle seit Jahren zur Trauer verurteilt hatten, weder die Meinungen und Gefühle der türkischen Nation wiedergeben, noch die der großen Mehrheit der türkischen Arbeiter als deren untrennbarer Bestandteil in Deutschland.

#### Musterbrief 5

Wir geben bekannt, daß die Handvoll Unglücklichen und Bedauernswerten, die solidarisch sind mit den durch unsere Sicherheitskräfte gefaßten Mitgliedern der Terrororganisation Dev-Yol, die für 25 Morde und zahllose Gewaltakte verantwortlich ist, die Hungerstreiks initiieren und sich türkische Gastarbeiter nennen, keineswegs die Meinungen und Gefühle der türkischen Gesellschaft in der Bundesrepublik vertreten; wir verurteilen und tadeln die deutschen Politiker, die diese Aktionen beachten, die offensichtlich mit der Absicht durchgeführt werden, unser Land zu verleumden, unsere ehrenvolle Streitkräfte in Schmutz zu ziehen und die Türkei vom westlichen Bündnis loszureißen, indem sie die Türkei-Hilfe streichen lassen.

#### Musterbrief 6

Die Veröffentlichungen in der bundesdeutschen Presse, im Rundfunk und Fernsehen in den letzten Tagen über die Türkei und die ihr vorgeworfenen Behauptungen machen uns besorgt, die wir wissen, daß die Realität anders ist, und die, obwohl sie in der Bundesrepublik wohnen, die Bindungen zu ihrem Land nicht abgebrochen haben und regelmäßig Information über die Geschehnisse dort beziehen. Wir, die in der Bundesrepublik lebenden Türken, sind seit dem 12. September nicht mehr über die Lebenssicherheit unserer Angehörigen beunruhigt, haben nicht die Angst, jeden Tag von einem neuen Mord oder Terrorfall zu hören und setzen hier in Ruhe unsere Arbeit fort, in Gewißheit der Freude, daß unser Land die verlorene Ruhe und Sicherheit wiedergewinnt, ohne ständig daran denken zu müssen.

Wir bitten Sie deshalb, Ihre Leser (Ihre Mitglieder) zu warnen vor der gezielten, absichtlichen und böswilligen Kampagne der ideologischen Gruppen, die sich als Verursacher der Unruhen in der Türkei entsprechend ihren politischen Anschauungen verhalten und gemessen an der Zahl unserer Landsleute hier eine ganz kleine Minderheit darstellen, und falls Sie die Vorteile in der Türkei interessieren, die gutmeinende neue Herrschaft in der Türkei zu unterstützen.

Değerli Vatandaşlarım,

12 Eylül 1980 tarihinden önceki dönemde Türkiye'mizin içinde bulunduğu durumun yurdumuzun gelişip yücemesinden başka bir tasası olmayan Türk Milletini, onun vazgeçilmez bir uzantısını teşkil eden siz Almanya'da alın terinizle çalışan işçilerimizi, öğrencilerimizi ve serbest çalışanlarımızı kadın-erkek-çocuk nekadar üzdüğü, hattâ yabancı dostlarımızın dahi bu gidişten duydukları kızılgıl hepimizin malûmudur.

Tanrıya şükürler olsun, hepimizin güvencesi olan Türk Ordusu sayesinde bugün Üzüntülerimiz arkada kalmış, ağır faaliyetler kontrol altına alınmış, anne-babalarımız, evlatlarımız ve Kardeşlerimiz can ve mal güvenlikleri sağlanmış ve Devletimizin çarkları yeniden faaliyete geçirilmiştir.

Hal böyle iken birtekim kendini bilmezler Almanya'da ülkemiz aleyhine yürüyüşler tertiplenmekte, işkence iddiaları öne sürülmekte ve açık görevleri girişiminde bulunmaktadırlar. Bir kısım Alman basın, radyo ve televizyonunun ve bazı Alman politikacılarının ülkemiz aleyhindeki faaliyetlere bilerek veya bilmeyerek âlet ve destek olmaları Almanya'daki Türkler tarafından ibretle izlenmektedir.

Bu gibiler Almanya'da yaşayan, çalışan ve okuyan kondi içinde gücünde ailesinde olan 1,5 milyon Türk vatandaşının adına konuşmak cürretini gösterebilmektedirler. Bunlara ders vermek ve bu gibilere meydanın boş olmadığını bizim de göstermemiz zamanı artık gelmiştir. Ancak gerçek durumu, Türk Milletine ve Atatürk'ümüze yaraşan en vakur ve ağırbaşlı bir yöntemle dile getirmeliyiz.

İlişikte size örnek olarak hazırladığım metinleri sunuyorum. İster Almanca ister Türkçe olarak, elyazısı ile veya daktilo ile, böyle arzu ederseniz kendi kendinize kaleme alacağınız, birey veya toplu imzalı olarak ilişik listedeki adreslere en kısa zamanda ve elbirliği ile mektup gönderecek ve böylece Almanya'da Türkler bulunduğunu kanıtlayacağız. Bu metinlerin çoğaltılarak vatandaşlara ulaştırılması ve vatandaşların mektup göndermeye teşviki lüzûmlüdür.

Siz kıymetli Vatandaşlarımızın görev duygusu için hareket edeceğine olan itimadımı tekrarlar mutluluk ve esenlikler dilerim.

*İlhan Kıcman*

İlhan Kıcman  
Başkonsol

Herr Konsul greift persönlich zur Feder...

#### Musterbrief 7

Wir lesen und hören in einem Teil der deutschen Massenmedien Behauptungen über Folterungen in der Türkei und verfolgen mit Abscheu, daß manche Extremisten, die keine Türken sind, Hungerstreiks durchführen.

Dies sind unnötige Mühen, die deutsche Öffentlichkeit zu täuschen. Wir 1,5 Millionen in Deutschland lebenden Türken wollen Sie über folgende Realitäten informieren:

1) Alle Türken haben volles Vertrauen gegenüber ihrer Armee.

- 2) Die türkische Armee und die Türken in Deutschland bilden eine Ganzheit.
- 3) Die Türkei befindet sich auf dem richtigen Weg, den die türkische Nation seit Jahren herbeisehnt. Extremistische Tätigkeiten bekommen die verdiente Strafe.
- 4) Alle Türken in Deutschland, mit Ausnahme von einer Handvoll Personen, die vom Ausland provoziert werden, unterstützen alle Maßnahmen der Militärischen Regierung.
- 5) Wir glauben, daß die Demokratie in der Türkei existieren wird.

#### In der Türkei ist es anders

Wir sind traurig über die letzten Berichterstattungen in der Bundesrepublik Deutschland über die Türkei, weil wir wissen, daß die Realität nicht so ist. Obwohl wir in der BRD leben, haben wir unsere Verbindungen zu der Heimat nicht unterbrochen, und lassen uns über die Entwicklung in der Türkei über unsere Verwandten informieren.

Seit dem 12. September machen wir in der BRD lebenden Türken uns keine Sorgen mehr über unsere in der Türkei vertriebenen türkischen Staatsangehörigen; wir hören nicht mehr jeden Tag von einem neuen Mord, oder einem neuen Terrorakt, in unserem Land herrscht wieder Frieden und Sicherheit. Aber es existiert eine kleine politische Gruppierung, die weiter versuchen will, die Politik der Türkei zu stören. Diese Minderheit, die negative und gewalttätige Ziele verfolgt, treibt eine Propaganda die wir abstellen möchten.

Türkischer Kulturverein, Halger

#### Musterbrief 8

Wir Türken, die in der Bundesrepublik leben, stellen mit Bestürzung fest, daß die deutsche Öffentlichkeit nicht immer richtig über die Türkei informiert wird.

Hunderttausende Türken, die in der Bundesrepublik leben, unterstützen das Militär und die von ihm getroffenen Maßnahmen. Die Behauptungen über Folterungen, die angeblichen Hungerstreiks und der Versuch, die Türkei ins schlechte Licht zu rücken, sind gegenüber diesen Tatsachen ohne Bedeutung. Wir verurteilen die deutschen Politiker, die sich durch Aussagen der Splittergruppen beeinflussen lassen.

# Hetzkampagne gegen Demokraten im Ausland

Seit Anfang Februar leitet die rechte türkische Presse eine Großkampagne gegen die fortschrittlichen Menschen aus der Türkei und ihre Organisationen ein.

Zeitungen wie „Tercüman“, „Hürriyet“ und „Anadolu“ wurden bei ihrer gemeinsamen Hetzkampagne ein Herz und eine Seele. Sie unterscheiden sich noch nicht einmal bei ihrer Wortwahl. „Feinde der Türkei“ oder „Die, die nicht zu uns gehören“ sind Bezeichnungen, die sie für Demokraten aus der Türkei benutzen.

Die stark geprägten nationalen Gefühle ihrer Leser auszunutzen, versuchen sie ein Feindbild aufzubauen, indem sie sie als vaterlandslose Gesellen darstellen, die zusammen mit Ausländern sogar mit dem „Erzfeind aus Griechenland“ gegen ihr eigenes Land kämpfen. Besonders scharf attackiert werden dabei die Gewerkschaftsfunktionäre, die auf Zypern und in Straßburg auf den Pressekonferenzen sprachen, die Mitglieder der demokratischen Organisationen der Arbeiter aus der Türkei, die im Europarat über die Menschenrechtsverletzungen durch die Junta berichteten oder Künstler, die Erklärung an die europäischen Massenmedien gaben.

Bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Türkei werden in Zeitungen wie „Tercüman“ und „Anadolu“ auf äußerst vulgäre Weise mit Worten wie „Teufel“, „Hexe“ oder „Landstreicher“ beschimpft. So zum Beispiel wird die 71-jährige Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), Frau Prof. Behice Boran, die über die Grenzen des Landes hinaus hoch angesehen ist, als „revolutionärer weiblicher Bond“ bezeichnet.

(Bei den folgenden Übersetzungen waren wir bemüht, dem türkischen Original möglichst nahe zu bleiben; dies ist nicht immer leicht möglich, so daß – um der Verständlichkeit willen – einige Konstruktionen in einem logischeren Zusammenhang erscheinen, als dies im Original der Fall ist.)

(Der Begriff „Türken-Lobby“ hat sich in der rechten türkischen Presse durchgesetzt – in Anlehnung etwa an „die griechische Lobby in den USA“: Angesprochen werden sollen damit all diejenigen, die sich dafür einsetzen, daß das „Türkentum“, die türkische Nation im Ausland gut angesehen werden.)

Gegen die ideologischen Organisationen in Europa wurde der Kampf eröffnet.

- Gegen die von den Extremisten eröffnete Kampagne wurde beschlossen, eine Kampagne zur Wiederherstellung der Gefühle (der Türken) zu führen.
- Die Namen der Militanten werden ermittelt.
- Für die Auslieferung von ins Ausland geflüchteten Anarchisten werden Verbindungen ausgebaut.
- Die Türken-Lobby bombardiert die örtlichen Behörden und die Massenmedien mit Briefen.

Tercüman, 6.2.81

### Brüssel-Vergnügen

Selbst noch nach dem 12. September konnten einige Richter nicht feststellen, ob die Delikte nach den Paragraphen 141 - 142, das heißt „Landesverrat“, strafbare Handlungen sind oder nicht. Wie es vor dem 12. September war, kann man sich leicht vorstellen. Kurz: So wurde das Brüssel-Vergnügen des „weiblichen revolutionären Bond“ vorbereitet.

Frau Behice wird in Brüssel an dem „Solidaritätsabend mit DISK und TIP“ (14. Februar) sprechen. Die Einzelheiten können Sie schon in „Unser Radio“ und in der „Stimme Moskaus“ hören.

Welch eine Niederträchtigkeit ist es, daß man – nachdem man jahrelang unser Land mit Blut überströmt hat – jetzt hingehet und unsere Arbeiter belästigt. Als ob es nicht ausreichte, beschwert man sich über unseren Staat, der sich von den Räubern befreien will, bei den prosovjatischen Kreuzfahrern!

Ahmet Kabakli, Tercüman, 11.2.81

Welch ein dämlicher Westen ist es, der sich beim Anhören dieser Verräter, die die Befehle und die Gelder von den Russen erhalten, köstlich amüsiert und sich aufgrund ihrer Lügen und Gemeinheiten Urteile über die Türkei bildet. Und welche komischen „türkischen Auslandsbehörden“ sind es, die jahre-

lang vor jeglichen Tätigkeiten dieser Niederträchtigen gegen die Türkei die Augen zugedrückt haben. Sie haben keinem Einzigen eine kleinste Warnung gegeben, sie haben in den Staaten, in denen sie beauftragt waren, gar nichts unternommen. Sie haben unter der Hand mit ihnen Freundschaften geschlossen, sogar Vertreter zu ihren Veranstaltungen geschickt . . .

Ahmet Kabakli, Tercüman, 11.2.81

Die nach dem 12. September ins Ausland verlagerten Terrorstellen bilden insbesondere in Deutschland eine Aktionseinheit gegen die Türkei.

Die Extremisten, die die Rolle eines „Wolfs im Schafspelz“ spielten, schlugen eine andere Taktik ein, wurden zu „Demokratie-Aposteln“. Sie setzen die „sozialdemokratische“ Maske auf, versuchen die westliche Öffentlichkeit gegen die Türkei zu beeinflussen und ihre Front zu vergrößern.

Die Gruppen, von denen die meisten ihre Befehle aus Ost-Berlin erhalten, eröffneten die Kampagne „Der Westen darf der Türkei nicht helfen“. Ihr Ziel ist es, die Türkei wirtschaftlich zu ruinieren.

Die Feinde der Türkei betreiben mit Worten „Journalismus“ wie „Von euren Steuern wird der Türkei für nichts und wieder nichts Geld gegeben“, um die deutsche Regierung daran zu hindern, wirtschaftliche Hilfe für unser Land zu geben.

Hürriyet 13.2.81

Sie wollen die Türkei von Europa trennen

Eines der beiden Hauptziele war „die Einstellung der Türkei-Hilfe“. Dies gelang ihnen nicht. Jetzt stürzen sie sich auf das Ziel „der Isolierung der Türkei“.

Die extreme türkische Linke in Deutschland, die deutschen Kommunisten und inzwischen auch die Deutschland-Sektion von amnesty international arbeiten zusammen. Während die extreme Linke die Aktionen der deutschen

Kommunisten unterstützt, erhält sie von diesen Unterstützung gegen die Türkei! Bei der El-Salvador-Demonstration der deutschen Kommunisten beteiligte sich auch die extreme türkische Linke und es wurden in Frankfurt mehrere Häuser beschädigt. Dafür organisierten die Deutschen den Angriff auf die Botschaft in Bonn. Unter ihnen konnte nur eine Person mit türkischem Paß festgestellt werden.

Hürriyet 14.2.81



Während die „Türken-Lobby“ erstarkt, werden „die nicht zu uns Gehörenden“ zerschlagen

Hürriyet 16.2.81

Nicht selten hatte diese Frau namens Selda, deren Gehirn einer Wäsche unterzogen wurde, in der Fischer-Saufkneipe in der Kumlularstrasse in Ankara gespielt und die Leute provoziert. Dieser Teufel namens Zülfü hatte sich nicht wenig auf den Schallplatten gedreht. Und Melike? Diese Hexe, die mit den wildgewordenen Griechen von Zypern zusammen sein kann, hatte zusammen mit ihnen Anatolien beschimpfen können. Fragt die, deren Gehirne einer Wäsche unterzogen wurden! Fragt, damit sie den türkischen Staat und die Nation nie wieder belästigen können.

Anadolu 20.2.81

Der Staat organisiert sich gegen die Zerstörer und Spalter im Ausland –

Zum ersten Mal wurde gegen diejenigen ein ernsthafter und gnadenloser Kampf eröffnet, die im Ausland gegen die Türkei zerstörende und spaltende Tätigkeiten unternehmen. Es wurde gemeldet, daß gegen die spalterischen Vereine „Gegen“-Organisationen gegründet werden.

Unter dem Vorsitz des Staatsministers İlhan Öztrak wurde ein Ausschuß mit diesem Ziel gegründet. In dem Aus-

schuß, der bereits mit der Erstellung der zutreffenden Maßnahmen begonnen hat, sind der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates, sind der Staatssekretär der Nationalen Nachrichtendienstlichen Organisation, die Staatssekretäre der für das Ausland zuständigen Ministerien sowie die Generaldirektoren der TRT (Rundfunk und Fernsehanstalten der Türkei – die Red.), des Presseamtes und der Anadolu Nachrichtenagentur.

Was wird der Ausschuß machen?

Die Maßnahmen, die der unter dem Vorsitz des Staatsministers, İlhan Öztrak – zu gründende Ausschuß treffen wird, werden wie folgt zusammengefaßt:

- Tätigkeiten, Funktionäre und Mitglieder der zerstörenden und spalterischen Vereine werden einzeln aufgelistet,
- gegen diese Vereine werden „Gegen“-Organisationen gegründet,
- die Sendungen von Radio Köln (Sendung des WRD in türkischer Sprache – die Red.) sollen wirkungslos gemacht werden.
- Diejenigen, die im ZDF von Zeit zu Zeit zerstörende und spalterische Programme machen, werden ermittelt und es werden mit dem Ziel der Schwächung dieser Tätigkeiten Schritte bei deutschen Zuständigen unternommen.
- Die in Deutschland eingestellten Lehrer, die zerstörende und spalterische Tätigkeiten durchführen, werden ermittelt, und zum Zwecke ihrer Entlassung Gespräche mit den Regierenden der Länder geführt.
- Der Bundesregierung wird erklärt, daß die zerstörenden und spalterischen Arbeiter in Wirklichkeit die deutsche Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben negativ beeinflussen werden.

Tercüman: 18.2.81



In unserem letzten Artikel hatten wir kritisiert, daß die Beschützer der Karawane zu spät aufstanden, den Säbel zu spät zogen und zu spät aufschrien, und in Eurem Namen hatten wir in dieser Spalte (von „Anadolu“ – die Red.) die Geste konstatiert, die von unserem Staat noch nicht gemacht wurde. Botschaften, Botschaftsräten usw. rufe ich erneut zu:

- Haben sie die Listen der Vaterlandsfeinde im Ausland vorbereitet und Ankara mit dem Vermerk „dringend“ gewarnt? Oder gehen sie immer noch von der „Ausgewogenheit“ aus? Wie gehen dann, wenn das so ist, die Gelder durch Ihre Kehle, die der türkische Staat den haarlosen Weisen abgenommen und ihnen ausgezahlt hat?.

Meine werten Leser,

hört nicht auf, diese Frage zu stellen. Das geht so nicht weiter. Man kann nichts erreichen, indem man sowohl rechts wie auch links verurteilt. In unserem Land werden wir keinen Ausweg finden, wenn nicht jeder im Kopf hat, was die Rechten machen, warum sie sich bewaffnen und was die Linken vorhaben. Solange wir uns nicht von dem Laster befreien, bei der Verurteilung der Linken wegen der Ausgewogenheit auch die Rechten auf die Waage zu schieben, werden wir die Wunde nicht heilen können. Ihr als türkische Arbeiter, die in der Fremde arbeiten, müsst sowohl gegen die linken Militanten, als auch gegen Botschaftsangehörige kämpfen, die an der Ausgewogenheit orientiert sind.

Warum haltet Ihr Euch vor den linken Militanten zurück? Ihr seid doch zahlreicher. Was heißt „Ihr seid zahlreicher“? Ihr bildet die erdrückende Mehrheit! Mit Spuken könnt Ihr sie verfolgen!

Anadolu 20.2.81

# Warnung an die Junta

Der Europarat diskutierte am 28. und 29. Januar über die Situation in der Türkei. Zuvor hatte der Vorsitzende des politischen Ausschusses, Steiner, die Türkei besucht und einen Bericht verfaßt, der bei der Türkei-Debatte als Grundlagenpapier gelten sollte. Der Bericht von Steiner wurde in dem politischen Ausschuss scharf kritisiert. Die meisten Abgeordneten, die sich zu Wort meldeten, drückten ihre Ablehnung der Militärdiktatur aus. Ihre Ausführungen haben unsere bisherigen Einschätzungen voll bestätigt. Im folgenden bringen wir einige Auszüge der Türkei-Debatte im Europarat.

### ► Calamandrei (Italien)

Hier wurde gesagt, daß der Terrorismus in der Türkei im Abnehmen ist. Das Gegenteil wäre erstaunlich angesichts der Tatsache, daß das Ziel, auf das die Spirale des Terrorismus gerichtet war, nämlich die Einrichtung einer Militärdiktatur in diesem vorgeschobenen Brückenkopf der NATO, ja erreicht worden ist.

### ► Poi (Italien)

Ich möchte einige Kollegen, insbesondere die türkischen, angesichts ihres Optimismus, den sie in Bezug auf den zukünftigen Lauf der Dinge an den Tag legen, darauf hinweisen, daß ich sehr wenig von einer eingefrorenen Demokratie halte; ich fürchte, daß die Kühlzellen, in die sie die Demokratie legen wollen, meist zu Kerkerzellen werden...

### ► Coutsocheras (Griechenland)

Herr Präsident, ich betone noch einmal, daß seit dem Tag, an dem der Staatsstreich in der Türkei die Demokratie, das Parlament, die politischen Parteien, die gewerkschaftlichen Organisationen und die Menschenrechte vollkommen beseitigt hat, die Situation in der Türkei mit dem Statut des Europarats und der Europäischen Konvention unvereinbar geworden ist. Solcherart hat dieses Land sich selber um das Recht auf Mitgliedschaft im Europarat gebracht.

Der Bericht von Herrn Steiner, dem ich nicht zustimmen kann, gibt uns nur einen Hinweis auf das, was in der Türkei geschieht, ohne die Tatsachen genau zu beschreiben. Die Texte hingegen, die vom Europäischen Gewerk-

schaftsbund und von der Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der BRD vorgelegt wurden, und die Proteste von Arbeitern und Studenten in Deutschland und hier in Straßburg geben uns einen genaueren Einblick in das Geschehen.

### ► Dejardin (Belgien)

Herr Präsident, der Bericht von Herrn Steiner über die „Türkei der Generale“ kann... nur als wichtiger Teil eines größeren Vorgangs betrachtet werden. Er gibt den offiziellen Standpunkt der Generale und derer, die ihnen unterworfen sind, wieder. Nirgends hört man darin die Stimme der Opponenten, noch die Schmerzensschreie jener, die der bestialischen Disziplin unterliegen, die heute in den Gefängnissen und auf den Polizeiwachen der Türkei herrscht, die gefoltert und ermordet werden.

Wer wagt es, zu bestreiten, daß die Türkei heute unter dem Regime einer Militärdiktatur lebt, wo jede Opposition verfolgt wird und wo die Menschenrechte tagtäglich mit Füßen getreten werden?

Man verfolgt ja nicht nur Terroristen. Waren der Bürgermeister von Istanbul oder Abdullah Bastürk, Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes DISK und ehemaliger Abgeordneter der RVP von Ecevit, Terroristen?

### ► Alegre (Portugal)

Wir haben Erklärungen gehört die seltsamerweise den Argumenten nur allzu ähnlich sind, die uns lange Jahre hindurch gegeben wurden, um die Salazar-Diktatur zu rechtfertigen – politische Instabilität, Ohnmacht des Parlaments, Lähmung der Staatsorgane, Verfall der politischen Parteien – und die jedes Mal herangezogen werden, wenn man versucht, das, was man schamhaft die „patriotischen Reaktionen“ der Armee“ nannte, zu rechtfertigen.

In Portugal wie in Spanien und Griechenland fürchten wir jederzeit diese Art von „patriotischen Reaktionen“, die nie etwas mit Demokratie zu tun haben. Deshalb sind wir sehr empfindlich hinsichtlich der aktuellen Lage in der Türkei und würden uns eine sehr viel klarere Stellungnahme des Europarats wünschen.

Wenn man zuviel verstehen oder zu

lange warten will, riskiert man nicht nur, die türkischen Machthaber zur Verlängerung der jetzigen Situation zu ermutigen, sondern gleichzeitig auch autoritären Bestrebungen in anderen Ländern Auftrieb zu geben, in denen es immer Obristen gibt, die davon träumen, das Vaterland zu retten, indem sie die Demokratie beseitigen.

**Der dänische Abgeordnete Bjorn Elmquist, der im Namen der liberalen Gruppe in der Versammlung das Wort ergriff, sagte unter anderem:**

Es ist unsere klare Überzeugung, daß während in dem gegenwärtigen Regime der Türkei ein totaler Mangel an Demokratie existiert, es auch Beispiele für schwere Mißachtung der Menschenrechte gibt, wie sie durch unsere Europäische Konvention festgelegt worden sind.“

„... das türkische Volk ist seiner grundlegenden und natürlichen Rechte beraubt worden, das bedeutet für eine große Zahl von Bürgern Elend, Unglück, Mißhandlung, Folter und Tod.“

„... Ich konnte keine ernstzunehmende Erklärung für die Festnahme von politischen Häftlingen finden, es scheint zu dem, daß die türkischen Behörden keinen Unterschied zwischen den Terroristen und politischen Gefangenen machen.“

„In dem Bericht von Herrn Steiner heißt es: ‚daß die türkische Regierung zu jedem Mitglied der Versammlung, das es wünscht, Informationen über Einzelne oder konkrete Situationen zu liefern bereit ist.‘ Ich habe mehrere Fragen im Zusammenhang mit einer Reihe von Personen, die ich stellen möchte. Z.B. der frühere Oberbürgermeister von Istanbul, Herr Isvan und die Abgeordneten des früheren Parlaments, Herr Tarhan, Herr Ates, Herr Anadol und Herr Günay. Wie steht es mit dem kurdischen Bürgermeister von Diyarbakir, Herrn Zana? Wie steht es mit dem ganzen kurdischen Problem? Was ist mit den zahlreichen Gewerkschaftsführern?“

„In der liberalen Gruppe haben wir die Erklärung von Herrn Evren, im Herbst eine konstituierende Versammlung einzuberufen, zur Kenntnis genommen, doch ehrlich gesagt, scheint die Prozedur für das Zustandekommen dieses Rates nicht das geringste mit der Wiedererrichtung der Demokratie zu tun zu haben.“



# Köln, 31. Januar: Protest gegen Junta

Am 31. Januar demonstrierten mehr als 6000 Demokraten gegen die Folter und Unterdrückung in der Türkei. Zu dieser Demonstration in Köln hatte die Initiative „Solidarität mit den Demokraten der Türkei“ aufgerufen. Neben zahlreichen einheimischen Organisationen, beteiligten sich DIB-FAK (Einheit für Demokratie BRD), die Solidaritätsgruppe für die Zeitung „Gerçek“,

KKDK (Demokratische Arbeitervereine Kurdistans), Kurdische Volkshäuser und die FIDEF.

Bei der anschließenden Kundgebung auf dem Ebert-Platz sprachen Pfarrer Michael Höhn, Mitbegründer der Initiative „Solidarität mit den Demokraten der Türkei“, Melih Bekler, türkischer Sekretär beim Hauptvorstand der IG Bau, Steine und Erden,

und Aydin Engin, der Chefredakteur der verbotenen Gewerkschaftszeitung „Politika“.

Die Kundgebung endete mit den Kulturbeiträgen von Melike Demirag und dem kurdischen Volksänger Heval, die die begeisterten Teilnehmer der Kundgebung zum gemeinsamen Handeln aufriefen.

## ► Richard Müller (Schweiz)

„Daß das heutige Regime in der Türkei kaum mit den Statuten des Europarates vereinbar ist, scheint klar zu sein. Verhaftungen von Abertausenden ohne Gerichtsurteil, Folterungen von Gefangenen, Todesurteile. Zensur der Presse und Einschränkung der Gewerkschaftsfreiheiten können nie und nimmer unsere Zustimmung finden; sie stehen offensichtlich in Widerspruch (mit) den Grundsätzen des Europarats.“

## ► Mr. Budtz (Dänemark)

„Wie fast alle Sprecher vor mir, denke ich, daß wenn wir an den Regeln festhalten würden, die Türkei zweifellos bereits heute kein Mitglied dieser ausgezeichneten Organisation mehr wäre. Wenn wir an den Regeln festhalten würden, hätte man die Türkei schon gebeten ihren Platz zu räumen.“

Ich war vor acht oder neun Tagen in Ankara und versuchte Informationen zu sammeln. Ich hatte mit vielen Leuten gesprochen. Nach Aussagen von verschiedenen Quellen gibt es etwa 30.000 politische Gefangene. Unter ihnen befinden sich, es tut mir leid, dies zu sagen, aber nicht 30.000. Ich muß die Versammlung daran erinnern,

daß in der Türkei die Menschen für drei Monate ins Gefängnis geworfen werden, ohne daß sie eine Chance hätten, von einem Richter gehört zu werden. Sehr oft wird den Leuten nicht einmal mitgeteilt, warum sie festgenommen worden sind. Wenn die drei Monate verstrichen sind, kann der Staatsanwalt neue Anschuldigungen gegen sie aussprechen und sie werden noch einmal für drei Monate festgehalten.

Einige Quellen in der Türkei berichten, daß zumindest 30 Personen unter Folter gestorben sind. Ich weiß nicht, ob das stimmt, aber ich weiß, daß es in den türkischen Gefängnissen Folter gibt. Das ist etwas, woran wir in den kommenden Monaten festhalten müssen. Wir wissen, daß es de facto Pressezensur gibt und die Gewerkschaften nicht unter freien Bedingungen existieren können.“

## ► Mr. Venizelos (Griechenland)

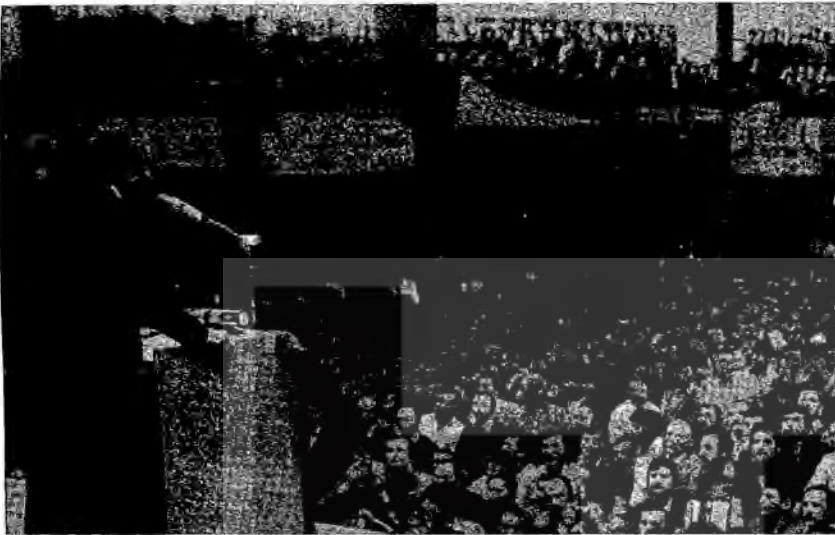
„Die Etablierung eines diktatorischen Regimes in unserer Mitte würde letzten Endes verheerende Folgen für unseren Rat haben und würde einen völlig unannehmbaren Präzedenzfall schaffen.“

Ich möchte an dieser Stelle zu den bedauerlichen Ähnlichkeiten der Szenario der türkischen Generäle mit der der

griechischen Obristen von vor einigen Jahren hinweisen. Die griechischen Obristen sagten damals, daß sie die Demokratie wieder einführen wollten. Sie gaben ihr Ehrenwort als Militärs, daß sie sobald als möglich in ihre Kasernen zurückkehren würden – das ist fast wortwörtlich dasselbe, was die türkischen Generäle sagten als sie die Macht ergriffen. Die griechische Oberste blieben 7 Jahre, sie versicherten jedem, daß Folter nicht offiziell praktiziert würde, und sie jeden bestrafen würden, der sie benützte – genau wie die türkischen Generäle kürzlich. Die griechischen Obristen haben nicht nur Folter toleriert, sondern sogar dazu ermutigt, wie dies später bewiesen wurde. Sie ernannten eine konstituierende Versammlung, um eine maßgeschneiderte Verfassung vorbereiten zu lassen, die es ihnen erlauben würde, ihre Herrschaft unbegrenzt fortzusetzen – genau wie General Evren vor einigen Tagen angekündigt hat. Der einzige Unterschied, den ich in dem Regiebuch bisher feststellen konnte, liegt darin, daß die türkischen Generäle einen höheren Rang besitzen als die griechischen Obristen.“

Bei der Fahndung nach Grauen Wölfen:

# „Hilfe verweigert“



Führer Türke spricht im Mai 1978 in Mannheim zu seiner Anhängerschaft

Die in der Türkei steckbrieflich gesuchten Terroristen und Mehrfachmörder, die in der Bundesrepublik eine sichere „Zuflucht“ gefunden haben, haben erneut einen Grund, aufzuatmen: Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik sind, den türkischen Zeitungsmeldungen zu Folge, kaum daran interessiert, ihrer habhaft zu werden oder sie gar auszuliefern, wie das bei jedem „gewöhnlichen Kriminellen“ sonst üblich wäre. Die guerillamäßige Ausbildung der Grauen Wölfe, wie offensichtlich in der Schwäbischen Alb praktiziert, scheint langfristig gesichert zu sein.

Über diese führenden Terroristen der Grauen Wölfe, deren Namen und Wohnorte in der Bundesrepublik auch in türkischen Zeitungen bekanntgegeben wurden, berichteten die Türkei-Informationen zuletzt im Heft Dezember 1980. Angesichts der vielsagenden Untätigkeiten der Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik sah sich offensichtlich sogar die Militärjunta gezwungen, die bundesdeutschen Behörden nunmehr ihrerseits um Amtshilfe zu ersuchen.

Im Rahmen der ansonsten sehr engen Kooperation zwischen den Sicherheitsorganen beider Länder wurden also Anfang Dezember Spezialeinheiten des Polizeipräsidiums Ankara in die Bundesrepublik geschickt. Ihr Auftrag: Festnahme und eventuelle Überführung der gesuchten Terroristen, die wegen Mordes und Totschlags teilweise bereits rechtskräftig verurteilt worden sind.

Die große Ernüchterung und Enttäuschung bei den höchsten Polizeikreisen

in Ankara über die Haltung der bundesdeutschen Behörden beschreibt die angesehene Tageszeitung Cumhuriyet am 5. Januar 1981 auf ihrer ersten Seite: „Es wird gemeldet, daß die Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik den von der Politischen Abteilung des Polizeipräsidiums in Ankara entsandten Detektiven keinerlei Unterstützung gewährten und sie allein ließen, indem sie ihnen die notwendigen Informationen über die Terroristen vorenthielten.“

## „Informationen über MHP-Terroristen vorenthalten“

Die Kooperationsbereitschaft der bundesrepublikanischen Sicherheitsbehörden, in ihrer bewährten Zusammenarbeit mit dem SAVAK des Schahs, und der chilenischen PIDE, aber auch mit dem türkischen MIT immer wieder unter Beweis gestellt, blieb also diesmal, bei der Verfolgung von rechtsextremistischen Terroristen versagt. Nichts zu spüren von der euphorischen Tüchtigkeit, die bei der Verfolgung und Beobachtung engagierter demokratischer Ausländer an den Tag gelegt wird.

In der erwähnten Cumhuriyet-Meldung wird ergänzend hervorgehoben: „Es ist aber festgestellt worden, daß die gesuchten Terroristen den Schutz rechtsstehender deutscher Organisationen genießen.“

Ereignisse und Meldungen der letzten Wochen bestätigen die schlimmsten Befürchtungen: Die Bundesrepublik ist längst – spätestens seitdem die Junta-Generäle, um zumindest den Schein

einer Neutralität zu wahren, auch gegen einige führende „Graue Wölfe“ vorgehen mußten –, zum wichtigsten Aktionsfeld der „Grauen Wölfe“ geworden.

Zusätzlich zu bereits in „Türkei-Informationen“ berichteten Vorfällen sickerte Anfang Dezember aus den Kreisen des Innenministeriums um den Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz durch, daß „gesicherte Erkenntnisse“ darüber vorlägen, daß die Grauen Wölfe auf Gebieten der Schwäbischen Alb guerillamäßige Ausbildung betrieben. Von „regelrechten Schießübungen“ auf bestimmten Ausbildungsplätzen war dabei die Rede. Am 11. Dezember berichtete die „Stuttgarter Zeitung“ unter Bezugnahme auf „eingeweihte Kreise“, daß „die MHP ihre Aktionen nach dem Putsch der türkischen Generäle nicht etwa eingestellt, sondern sogar noch verstärkt“ habe. Die Zeitung berichtet auch ausführlich über die Aussagen eines führenden MHP-Funktionärs, der freimütig zugab, daß z.B. die geheime Terrorereinheit ETKO unter dem Patronat der MHP-Vereine in der Bundesrepublik hier ihre Rekruten ausbildet.

## Guerilla-Übungen in Schwäbischer Alb

Mit lauen Dementis streiten die Türk-Föderation-Führer zwar jede Verbindung zur ETKO („Befreiungsarmee der gefangengehaltenen Türken“; „befreit werden“ sollen vor allem die in der Sowjet-Union und in den Balkanländern lebenden Menschen türkischer Herkunft). Doch auch die Stuttgarter Zeitung kann nicht umhin zu berichten, daß „die ETKO zumindest eine Nebenorganisation der MHP ist“. Die ETKO-Truppe in der Bundesrepublik soll aus „16 bis 18 Mann“ bestehen und zu anderen geflüchteten Terroristen keinerlei Kontakte unterhalten, damit sie im Ernstfall nicht erfaßt werden können.

Frei operieren können sie unter dem Schutz einschlägiger Kreise: Mörder und Terroristen, Waffen und Munitionen, die in den Lokalen der „Türk-Föderation“ gefunden werden, die zahlreichen Gewalttaten, wegen der gegen führende Mitglieder ermittelt wird: All das reicht immer noch nicht, die zuständigen Politiker und Behörden zu effektiven Maßnahmen gegen diese Terroristen zu bewegen. Im Gegenteil: Nachdem selbst ein Mord wie der an C. Kesim, wo Augenzeugen zur Aussage vor Gericht bereit waren, mit einem Freispruch endete, können die Grauen Wölfe davon ausgehen, daß ihre Terrorakte weiterhin ungestraft bleiben, wenn sie überhaupt zunächst einmal verfolgt werden. ■



# „Unser Ziel: Mehr aktive ausländische Gewerkschafter“

**Türkei-Informationen:** Im Kreisverband der IG Metall Reutlingen gibt es seit September 1979 einen Arbeitskreis „ausländische Gewerkschafter“. Wie ist dieser Kreis zusammengesetzt, welche Aufgaben hat er sich gestellt? Ist es aus gewerkschaftlicher Sicht notwendig, die Probleme ausländischer Arbeiter zusätzlich zur normalen Gewerkschaftsarbeit gesondert zu behandeln?

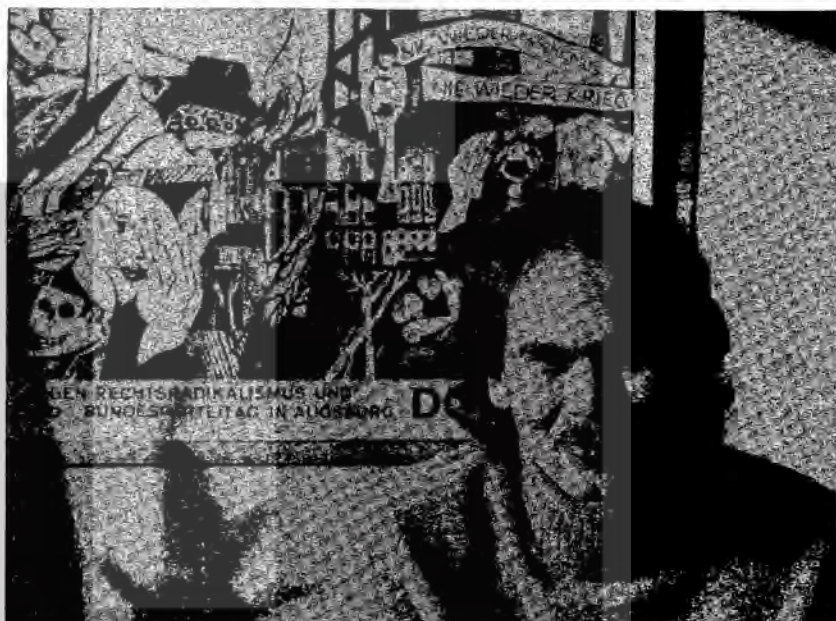
**Röder:** Die Arbeit mit den ausländischen Kollegen kann sich nicht auf den betrieblichen Bereich beschränken. Die besondere Problematik durch Ausländeramt, Arbeitsamt, Wohnsituation usw. muß auch von gewerkschaftlicher Seite angegangen werden, weil sonst die Interessenvertretung der ausländischen Kollegen scheitern muß: Die größten Probleme der Ausländer fangen erst außerhalb des Betriebes an.

Wir haben in Reutlingen 10 % ausländische Wohnbevölkerung, d.h. 20.000 ausländische Arbeitnehmer nebst ihren Familienangehörigen leben in Stadt und im Kreis Reutlingen. Von den 14.000 Mitgliedern der IG Metall sind 3.200 ausländische Kollegen, die Türken bilden die drittgrößte Gruppe, was ihrem Wohnanteil entspricht.

Unser Arbeitskreis „ausländische Gewerkschafter“ ist international zusammengesetzt; er gibt ausländischen Kolleginnen und Kollegen ein aktives Betätigungsfeld innerhalb der Gewerkschaft.

Wir haben zunächst mehrere internationale Feste durchgeführt – zum Kennenlernen und um Probleme zu diskutieren. Außerdem widmete sich der Arbeitskreis politischen Fragen; u.a. fand eine öffentliche Kandidatenbefragung zur Landtagswahl statt, in der die Parteien zur Ausländerpolitik Stellung beziehen sollten. Dieser Modellversuch hat gerade die türkischen Kolleginnen und Kollegen motiviert und gezeigt, daß eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

Des weiteren gibt es eine Initiative des Arbeitskreises gegenüber der Stadt, die mit Mitteln des Bundes ein Modell zur Weiterbildung ausländischer Arbeitnehmer drei Jahre durchgeführt hat und jetzt aufgefordert ist, diese Arbeit mit Eigenmitteln weiterzufinanzieren.



Wolf Jürgen Röder, 33 Jahre, vom Beruf Rechtsassessor, arbeitet seit 1976 als Sekretär bei der IG Metall. Seit dem 1.1.1979 ist er in Reutlingen

bei der IG Metall im Schwerpunkt verantwortlich für Bildungsarbeit und Betreuung der ausländischen Mitglieder.

Eine begrüßenswerte aktive Zusammenarbeit des Arbeitskreises konnte mit der VVN – Bund der Antifaschisten und dem DGB entwickelt werden, die bereits zu mehreren Veranstaltungen für ausländische Kolleginnen und Kollegen geführt hat. Die letzte Veranstaltung fand am 12. Dezember 1980 statt, wo über die Lage der Gewerkschaften in der Türkei informiert wurde und eine Sammlung für die Gewerkschafter in den Gefängnissen durchgeführt wurde.

**Türkei-Informationen:** Welche Schwierigkeiten gibt es bei der Arbeit der Gewerkschaft im Kreis Reutlingen? Insbesondere interessieren uns die Schwierigkeiten, die von Türken in Reutlingen kommen.

**Röder:** Anlässlich der Ermordung Halil Tirelis, eines der Gründungsmitglieder des „Grauen Wölfe“-Vereins Türkocagi im Mai 1980, gab es hate Auseinandersetzungen mit dem örtlichen sogenannten Idealistenverein. Der Mord, der erwiesenermaßen keinerlei politi-

sche Hintergründe hatte – er geschah aus Eifersucht, wurde zum Anlaß genommen, um die Arbeiterwohlfahrt, die Gewerkschaften und andere Institutionen zu verleumden als Anstifter der Bluttat. Wir haben uns entsprechend zur Wehr setzen müssen und konnten z.B. eine Demonstration der Faschisten verhindern.

Im normalen Arbeitsalltag sind unsere Gegenkräfte am Ort vor allem von einer religiös-fanatischen Vereinigung geprägt, die ca. 600 türkische Mitglieder hat und die die Moschee und eine Koranschule in Reutlingen unterhält.

Wir haben aber auch mit den unpolitischen Einstellungen vieler türkischer Kollegen zu kämpfen, die beispielsweise die Militärjunta begrüßen, weil sie sich von ihr versprechen, daß sie „Ruhe und Ordnung herstellt“. Von den hier erscheinenden Medien, den türkischen Zeitungen, werden sie ja nicht aufgeklärt über das, was die Junta im Anschluß an die Machtübernahme mit den Arbeitskollegen in der Türkei unternommen hat.

**Türkei-Informationen:** Wie gut oder wie schlecht sind denn die deutschen Kollegen informiert über die Situation der türkischen Kollegen?

**Röder:** Der Informationsstand der deutschen Kollegen über Probleme in der Türkei ist sehr schlecht. Die bürgerlichen Medien, die veröffentlichten Meinungen, sind ja sehr spärlich und es ist sehr mühsam für örtliche Initiativen, dieser Uninformiertheit und der oft darauf aufbauenden Ausländerfeindlichkeit zu begegnen. Wir von der IG Metall Reutlingen versuchen das z.B., indem wir von Problemen der ausländischen Familien im örtlichen Metall-Anzeiger, einem Informationsblatt nicht nur für Mitglieder in den Betrieben, berichten.

Wir haben z.B. in der letzten Nummer die Wohnsituation von mehreren türkischen Familien in einem Haus aufgegriffen. Erst als dort die Kinder durch Wanzenbisse erkrankten, hat die Stadt eingegriffen – zynischerweise sollten die Eltern die Kammerjäger bezahlen.

Wir hoffen, daß wir Verständnis bei den Deutschen wecken für die besonderen sozialen Probleme der ausländischen Familien und auf dieser Grundlage eine Solidarisierung mit den ausländischen Familien zu schaffen. Die Solidarität deutscher und ausländischer Kollegen in den Betrieben funktioniert schon einigermaßen.

**Türkei-Informationen:** Welche Erwartungen gibt es in der IG Metall bezüglich der Ausländer bei den anstehenden Betriebsratswahlen? Wird eine Aufspaltung nach Nationalitäten befürchtet?

**Röder:** Nach den bisherigen Beobachtungen gibt es bei den ausländischen Kollegen keine Aktivitäten, die Interessenvertretung durch die IG Metall bei den Betriebsratswahlen zu schwächen. Standesorganisationen, wie DAG und die „Christlichen Metaller“ wollen zwar einige Listen aufstellen, sie werden aber gerade bei den ausländischen Kollegen damit kaum Erfolg haben, weil sich die Ausländer wohl von der IG Metall am besten vertreten sehen und sich von den anderen Organisationen keine Verbesserung ihrer Lage versprechen können.

Unser Ziel für die Betriebsratswahlen ist es, bei dem hohen Anteil ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken auch möglichst viele aktive ausländische Vertrauensleute, Betriebsräte und auch Delegierte für die Vertreterversammlung zu gewinnen, möglichst von allen Nationalitätengruppen. Hierzu müssen noch vorhandene Vorurteile und Schwierigkeiten abgebaut werden. Wir haben zu diesem Zweck z.B. eine

große Funktionärskonferenz mit dem IG Metall-Betriebsleiter Franz Steinkühler durchgeführt, auf der insbesondere die Notwendigkeit gemeinsamer Listen und die verstärkte Berücksichtigung ausländischer Vertrauensleute angesprochen wurden. Die ausländischen Kollegen, die auf dieser Konferenz Redebeiträge hielten, erhielten große Zustimmung, was uns auf eine positive Umsetzung der Diskussion bei den Wahlen hoffen läßt.

In den Betrieben wird außerdem in den nächsten Wochen ein mehrsprachiges Informationsflugblatt verteilt, in dem die Bedeutung der Wahlen hervorgehoben wird und auf die Gefahr hingewiesen, die durch nationale Interessendiversion entsteht: Gewählt werden sollten die besten Kandidaten unabhängig von der Nationalität.

Schließlich steht noch zur Diskussion, eine zusätzliche Konferenz für die ausländischen Gewerkschafter am Ort zu den Betriebsratswahlen durchzuführen.

**Türkei-Informationen:** Dann ist also die Befürchtung unberechtigt, daß rechtsstehende, insbesondere türkische Organisationen versuchen, bei den jetzigen Betriebsratswahlen in die Betriebe vorzudringen?

**Röder:** Es ist richtig, daß es in anderen Orten sehr starke Bestrebungen gibt, nationale und religiöse Gefühle der türkischen Kollegen zu mißbrauchen, um eigene Listen durchzusetzen. Im Bezirks-Arbeitskreis haben wir aus einigen IG Metall-Verwaltungsstellen gehört, daß es dort in den Betrieben sehr heftige Auseinandersetzungen gibt, weil die „Grauen Wölfe“ versuchen, Einfluß auf die Interessenvertretung der IG Metall zu gewinnen. Gewerkschaftssekretäre, Betriebsräte und Vertrauensleute wurden von „Grauen Wölfen“ bedroht; z.B. wurde ein türkischer DGB Sekretär sogar auf einer Betriebsversammlung bedroht. Diese Vorgänge geben starken Anlaß, die türkischen Kollegen aufzuklären über die Bedeutung der Einheitsgewerkschaft und der geschlossenen Interessenvertretung. Allerdings – in unserem Kreis Reutlingen haben wir nicht diese Probleme. Möglicherweise ist das darauf zurückzuführen, daß die öffentlichen Stellungnahmen von IG Metall und DGB bei den harten Auseinandersetzungen mit den „Grauen Wölfen“ in Reutlingen ein hohes Maß an Vertrauen der türkischen Kollegen zu der deutschen Gewerkschaft geschaffen hat.

**Türkei-Informationen:** Über die Lage der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder in der Türkei besteht in der deutschen Öffentlichkeit arge Unkenntnis.

Wie schätzen sie den Grad der Informiertheit bei den einheimischen Gewerkschaftern ein und was kann die bundesrepublikanische Gewerkschaft zur Unterstützung der Gewerkschafter in der Türkei unternehmen?

**Röder:** Die Ermordung des Kollegen Türkler hat viele Gewerkschafter aufgerüttelt, die vorher nur sehr wenige Informationen über die Lage der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in der Türkei hatten. Wer nicht regelmäßig die Türkei-Informationen liest, erfährt ja kaum etwas über die schwierige Situation dort. Aus dem Wenigen, was man erfahren kann, muß man den Mut und die Entschlossenheit der Kollegen in der Türkei bewundern, die trotz des ungeheueren Terrors, der gegen sie ausgeübt wurde, immer wieder lang anhaltende Kämpfe in den Betrieben durchführten.

Mit der Machtübernahme durch die Junta hat sich die Lage für die Gewerkschaften in keiner Weise verbessert. Wir haben erfahren müssen, daß Streiks abgebrochen, andere verboten wurden und daß vor allem viele Tausende Gewerkschafter in türkischen Gefängnissen sitzen; und wir haben mit Abscheu von den Folterungen erfahren müssen.

Die wichtigste Aufgabe für uns deutsche Gewerkschafter scheint mir zu sein, hier für Öffentlichkeit zu sorgen, die türkischen Organisationen bei dieser Aufgabe zu unterstützen, damit eine öffentliche Diskussion geführt wird über die Verbrechen, die in der Türkei verübt werden, auch darüber, ob es in dieser Situation richtig ist, politisch und menschlich und aus der Sicht der Gewerkschaften, daß Militärhilfe gewährt wird. Und was mich in diesem Zusammenhang besonders wütend macht, daß es anscheinend ein Polizei-Abkommen gibt, in dem es der Junta gelungen ist, für ihre Polizei Unterstützung vom Bundesinnenministerium zu erhalten. Dieses Abkommen paßt in die bekannt gewordenen Aktivitäten zu den Ausfuhrgenehmigungen für deutsche U-Boote nach Chile, ein Vorgang, der Gewerkschafter wachrütteln muß und unseren Protest herausfordert. Die Gewerkschaft muß den am stärksten betroffenen und bedrohten Gewerkschaften in der Türkei auch praktische Hilfe zukommen lassen, auch wenn diese Gewerkschaften, wie z.B. die größte Einzelgewerkschaft Maden-Is, und der Dachverband DISK nicht im Europäischen Gewerkschaftsbund sind; angesichts der Bedrohung der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Gewerkschaften müssen diese historisch entstandenen Barrieren fallen.

**Türkei-Informationen:** Vielen Dank für dieses Gespräch. ■

## FIDEF solidarisch mit Metallern

In einem Schreiben an den IG-Metall Bundesvorstand betonte der FIDEF-Vorstand Ende Februar seine uneingeschränkte Solidarität mit den Kollegen im Metallbereich, die sich in der angelaufenen Tarifrunde gegen die Senkung ihrer Reallöhne zur Wehr setzen.

In dem Schreiben wird zum Ausdruck gebracht, daß alle FIDEF-Vereine bereit sind, mit ihren gewerkschaftlich organisierten Kollegen ihre Möglichkeiten wie Übersetzung, Folklore-Gruppen u.a. bei Bedarf den örtlichen IG-Metall-Verwaltungsstellen zur Verfügung zu stellen.

Nach einem zentralen Flugblatt, das auf türkisch-deutsch vorliegt und in dem alle Kollegen zur Unterstützung der Forderungen der IG-Metall aufgerufen wird, geben mehrere FIDEF-Vereine Informationsblätter über den aktuellen Stand der gewerkschaftlichen Aktionen in ihrer Region heraus.

In seinem Schreiben an den IG-Metall-Bundesvorstand bekräftigt FIDEF die Bereitschaft aller ausländischen Arbeiter, gemeinsam mit ihren einheimischen Kollegen gegen Unternehmerwillkür von Gesamtmetall zu kämpfen.

## FIDEF zu den Betriebsrats- wahlen

Die Betriebsratswahlen, die bekanntlich alle drei Jahre stattfinden, werden in der Zeit vom 1. März bis 31. Mai 1980 durchgeführt.

Alle unsere Kollegen sollten diese Wahlen, die aus der Sicht der in- und ausländischen Arbeiter eine große Bedeutung haben, für die Stärkung des DGB und seiner Einzelgewerkschaften nutzen.

Wir, die Arbeiter aus der Türkei, sind der Überzeugung, daß wir nicht nur während der Wahlen die Aufgabe haben, ständig in unseren Einheitsgewerkschaften des DGB aktiv zu arbeiten und die Gewerkschaften zu stärken.

Wir sind uns auch unserer Aufgabe bewußt, unsere gewerkschaftliche Einheit zu verteidigen gegen Grüppchen wie den Christlichen Metallverband (CMV), den Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB), die an die Türk-Föderation angeschlossenen Organisationen und die maoistischen Organisationen, die insbesondere bei den Wahlen Spaltungsversuche unternehmen.

Die 7. Delegiertenversammlung der FIDEF ruft die Arbeiter aus der Türkei auf, sich bei den in allen Branchen durchgeführten BRW in der Zeit vom 31. Mai zu beteiligen und die Kandidaten der DGB-Gewerkschaften aktiv zu unterstützen.

## Kurdischer Nationalfeiertag NEWROZ

Mit zahlreichen Veranstaltungen auch in der Bundesrepublik und West-Berlin begehen unsere kurdischen Kollegen Ende März den Nationalfeiertag des kurdischen Volkes, Newroz. (Neuer Tag). Dieser Feiertag, der auf die Saga des Kawas zurückgeht, wird von iranischen Völkern als der 1. Tag des Neuen Jahres nach dem Mondkalender gefeiert.

Newroz gilt heute jedoch in erster Linie als ein Nationalfeiertag, an dem auf den Bergen, die von Kurden bewohnt werden, Flammen aufleuchten und so den Willen des kurdischen Volkes nach Frieden und Freiheit zum Ausdruck bringen. Türkei-Informationen wünscht allen unseren kurdischen Kollegen ein erfolgreiches Newroz-Fest. ■

## Progressiver Gewerkschafts- bund DISK

(Fortsetzung von S. 6)

schichte des Landes die Wiedereinführung der verfassungswidrigen Staatssicherheitsgerichte verhindern. Auch Türk-Is-Mitglieder in wichtigsten Industriezentren folgten dem DISK-Aufruf.

Eine Reihe von DISK-Führern und Mitgliedern wurden in den letzten Jahren entweder durch die „Grauen Wölfe“ oder durch den Staatsterror ermordet. Nur wenige Wochen nach dem 7. DISK-Kongress wurde am 22. Juli 1980 der ehemalige DISK-Vorsitzende Kemal Türkler von organisierten Faschisten erschossen.

Nach dem Putsch am 12. September kerkerten die Generäle sämtliche DISK-Gewerkschafter ein, derer sie habhaft werden konnten, und untersagten jegliche Aktivitäten der DISK-Gewerkschaften. Ihr Eigentum wurde beschlagnahmt. Gegen den DISK-Vorsitzenden Abdullah Bastürk und seine 305 Mitarbeiter wird ein Mammutprozess vorbereitet. Führenden DISK-Gewerkschaftern, die nicht verhaftet werden konnten, wurde die Ausbürgerung angedroht. Doch eine große Zahl von ihnen, die die Junta im Ausland vermutete, meldeten sich aus dem Landesinneren zu Wort.



# Ausländische Kinder und Jugendliche

## Werden die Vorbereitungsklassen liquidiert?

### „Sparpolitik“ der Kultusministerien



„Türkische Regelklassen“: Alternative zu Vorbereitungsklassen?

In einer Beschlusvorlage für den Rat der Stadt Duisburg legte der Schuldezernent ein Thesenpapier vor, das die vollständige Abschaffung der Vorbereitungsklassen für das Schuljahr 1981/82 vorsieht. Damit konkretisieren sich die seit Monaten aus dem Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen durchsickernden Gerüchte. An Anzeichen, daß ähnliches in mehreren Ballungszentren in Angriff genommen worden ist, fehlt es nicht. „Türkische Regelklassen“ sind in mehreren Revierstädten keine Seltenheit mehr.

Im Zuge der Umorganisation der Beschulung von Ausländerkindern in Nordrhein-Westfalen sollen offensichtlich landesweit die Vorbereitungsklassen reduziert und durch Regelklassen mit nur ausländischen Schülern und durch „Auffangklassen“ für Ausländerkinder ohne Deutschkenntnisse ersetzt werden. Die eindeutige Tendenz dieser Beschlußformen, die vom Kultusministerium durch keinen Erlaß geregelt und in mehreren Städten klammerheimlich erprobt worden sind: Ausländische Kinder sollen auch in der Vorbereitungszeit nur noch auf Deutsch unterrichtet werden.

Konkret sehen die Maßnahmen im „Schilling-Papier“ wie folgt aus:

- Anstelle von Vorbereitungsklassen in Grund- und Hauptschulen, die entfallen, werden für neu eingereiste Schüler zentrale Klassen sowie Auffanggruppen für Seiteneinsteiger gebildet;
- Schulen mit mehr als 40 % ausländischen Schülern wird nahe gelegt, Klassen mit ausschließlich ausländischen Jungen und Mädchen zu bilden;
- Schulkindergärten sollen als 0-Schuljahr „mit angemessener personellen Ausstattung“ eingerichtet werden, um insbesondere türkischen Mädchen und Jungen zu ermöglichen, ihre Defizite auszugleichen.“

Da die Unterrichtssprache in diesen segregierten Beschulungsformen Deutsch sein soll, wird dadurch der Anschein erweckt, daß der Bedarf an ausländischen Lehrern abnimmt. Ihnen wird neben Unterricht in Türkisch an 4 bis 5 Stunden pro Woche (Religion, Landeskunde und Türkisch) die Möglichkeit angedeutet, beim „Team-teaching“ in der ersten Klasse sowie in Seiteneinsteigerklassen den deutschen Lehrern beigeordnet zu werden. Auf

diese Weise soll der Bedarf an ausländischen Lehrerstunden auf ein Minimum reduziert werden, wird die Möglichkeit eröffnet, für jeden zu entlassenden ausländischen Kollegen anderthalb deutsche Lehrer (als 2/3 Lehrer!) von der Straße einzustellen!

In dem erwähnten Thesenpapier wird eingangs erläutert: „Integration heißt nicht Assimilierung, sondern Zusammenschluß der Teile zu einem Ganzen.“ „Pädagogisch bedeutet Integration ‚Erwerb von Handlungsfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit und Reflexionsfähigkeit ausländischer Schüler in einer deutschen Umwelt‘. Das Instrument aller Integration ist die Beherrschung der deutschen Sprache.“

### Wegfall der Vorbereitungsklassen verhindert die Integration

Hier wird verschwiegen, daß die Umwelt für Ausländerkinder längst nicht mehr nur ‚deutsch‘ ist, wird auch verleugnet, daß der Erwerb der deutschen Sprache in erheblichem Maße von den Kenntnissen in der Muttersprache abhängig ist. (Vergl. Türkei-Informationen Sept./Okt. 1980).

Die Aufgabe, den ausländischen Schülern eine Brücke zwischen den Sprachen zu bauen, kann nicht durch einen einsprachig deutschen Unterricht geleistet werden. Daher kann von Chancengleichheit für ausländische Schüler nur dann gesprochen werden, wenn diese Schüler von entsprechend ausgebildeten deutschen und ausländischen Lehrern unterrichtet werden.

Die Rolle der ausländischen Kollegen für eine effektive Vorbereitung der ausländischen Schüler auf die Regelklassen wie auch für den zusätzlichen Muttersprachenunterricht wird in dem Papier völlig vernachlässigt. Die von der GEW und dem DGB aufgestellte Forderung, alle ausländischen Schüler gemeinsam und gleichberechtigt mit den deutschen Schülern zu unterrichten, wird einfach ignoriert.

Die Abschaffung der Vorbereitungsklassen, in denen ausländischen Schülern eine Brücke zur deutschen Sprache ermöglicht werden könnte, gestützt auf die Leerformel „Beherrschung der deutschen Sprache als Instrument aller Integration“, kann nicht hingenommen werden, zumal damit den ausländischen Schülern auch das Recht auf die Entwicklung ihrer Muttersprache abgesprochen wird.

Die geplante Abschaffung der Vorbe-

reitungsklassen und ihre teilweise Ersetzung durch einsprachig deutsche Segregationsformen bedeutet eine weitere einschneidende Verschlechterung der Schulsituation ausländischer Kinder. Eine pädagogische Begründung hierfür kann nicht geliefert werden: sie kann einzig durch das Bestreben der Kultusministerien erklärt werden, die wachsende Lehrerarbeitslosigkeit auch auf Kosten der ausländischen Lehrer zu verschleiern.

## „Türkische Regelklassen“ — vorbildliche Integrationsform?

In den im Duisburger Papier erwähnten „Klassen für ausschließlich ausländische Mädchen und Jungen“ sind leicht die „Türkischen Regelklassen“ zu erkennen, die die GEW-Kollegen bereits seit Jahren bekämpfen – bisher erfolgreich. Offensichtlich sollen sie jetzt unter dem Stichwort „Integration“ schmackhaft gemacht werden. Die ähnlich lautenden Versuche aus Düsseldorf, Mühlheim, Wuppertal und Neuss zeigen, daß bald eine große Zahl von erfahrenen ausländischen Lehrern „mangels Bedarf“ von der Entlassung bedroht sind. Dies bedeutet aber auch, daß die deutschen Lehrer mit ausländischen Schülern, die noch kein Deutsch beherrschen, allein gelassen werden sollen.

In dem Duisburger Papier wird versucht, das Modell der Vorbereitungsklassen durch unhaltbare Aussagen abzuqualifizieren: „Bisher hat die Mehrzahl aller betroffenen Schüler weder richtig Deutsch noch richtig Türkisch gelernt!“ Dabei wird verschwiegen, daß in der Regel weder die ausländischen noch die deutschen Kollegen auf ihre Arbeit in den Vorbereitungsklassen vorbereitet wurden. Nicht erwähnt wird das Fehlen von geeigneten Lehrbüchern und Curricula bis zum heutigen Tag. Auch Erfolge werden mit keinem Wort erwähnt, die dort erzielt werden konnten, wo die deutschen Lehrer sich bemühen, Türkisch zu lernen und die türkischen Kollegen (wiederum auf eigene Faust) die deutsche Sprache auf einem relativ hohen Niveau beherrschen.

## Rotstiftpolitik statt Ausbildung

Damit die Arbeitssituation der deutschen und ausländischen Schüler zumindest erträglich gehalten werden kann, ist es nach wie vor unbedingt erforderlich, die ausländischen Kollegen weiterhin zu beschäftigen, die zweijährigen Vorbereitungsklassen beizubehal-

ten und zu verbessern.

Angesichts einer Entwicklung, die nicht nur den Interessen ausländischer Schüler und Lehrer zuwiderläuft, werden die gewerkschaftlich organisierten Kollegen nicht bereit sein, eine pädagogisch vertretbare, sachgerechte Vorbereitung der ausländischen Schüler auf die Re-

## „Modell Duisburg“

Aus „Info“ des GEW-Stadtverbandes Duisburg; Ausgabe Feb./März 1981:

Seit Beginn des Schuljahres 1980/81 wurden in Duisburg nationalhomogene Klassen (Regelklassen mit ausschließlich türkischen Schülern) eingerichtet. Neben den Beschulungsformen in der Regelklasse oder in der Vorbereitungs-klasse wurde ohne jede Erlaßgrundlage diese neue Beschulungsform eingeführt.

Türkische Regelklassen wurden in Duisburg vor einigen Jahren eingerichtet, als Schulen mit einem Ausländeranteil von teilweise weit über 60 % keine andere als diese Notlösung wußten. Nunmehr jedoch ist diese Notlösung über den gesamten Stadtbezirk ausgedehnt und verallgemeinert und damit mißbraucht worden.

Was sind die Folgen dieser Praxis?

- In der türkischen Regelklasse werden weniger türkische Lehrer benötigt, da der Anteil an muttersprachlichem Unterricht nicht abgesichert ist, stattdessen können arbeitslose deutsche Lehrer beschäftigt werden.
- Die Tatsache, daß es für dieses „neue Modell“ weder Curricula noch Lehrpläne noch entsprechende Unterrichtsmaterialien gibt, bedeutet, daß ein spezifisches Eingehen auf den unterschiedlichen Sprachstand, den unterschiedlichen Fachwissensstand sowie die unterschiedliche schulische und außerschulische Sozialisation der Schüler selbst unter der Voraussetzung eines großen Einsatzes von Seiten der in diesen Klassen unterrichtenden Kollegen ausgeschlossen ist.
- Dies führt zwangsläufig zu minderwertigen Abschlüssen. Denn spätestens bei den Eignungstests der Betriebe wird der Etikettenschwindel „Hauptschulabschluß“ entlarvt.
- Das Ziel der Integration (wie es die Landesregierung NW in ihren Leitlinien vorsieht) wird ad absurdum geführt.
- Insgesamt ist dies das Konzept einer noch kostenneutraleren Lösung der Ausländerbeschulung als bisher.

gelassen und den zusätzlichen Muttersprachenunterricht der Rotstiftpolitik der Kultusminister zu opfern. Umso wichtiger wird es für ausländische Lehrer, sich in der GEW zu organisieren und aktiv für ihre Interessen einzutreten.

An dieser insgesamt recht undurchsichtigen Situation wird sich auch in der Zukunft wenig ändern, soll es nach den Vorstellungen gehen, die im Duisburger Ausländergesamtplan angeboten werden. Denn wie schon seit Jahren wird auch hier die bekannte Idee von nationalhomogenen Klassen aufgegriffen: „Bis zur Änderung der Richtlinien stillschweigende Duldung, daß Regelklassen mit überwiegend ausländischen Schülern eingerichtet werden“, Ausländergesamtplan, Seite 83.

Die GEW stellt deshalb folgende Forderungen auf:

- Grundsätzliche Abschaffung der türkischen Regelklassen.
- Statt weniger mehr Geld für die Aus-, Weiter- und Fortbildung von Lehrern, die mit ausländischen Schülern arbeiten.
- Erstellung geeigneter Curricula zur Zweisprachendidaktik.
- Einstellung weiterer türkischer Lehrer für den muttersprachlichen Unterricht.
- Fortbildungsmaßnahmen für deutsche und türkische Lehrer zum Erlernen der jeweils anderen Sprache, um den zweisprachigen Unterricht in den Vorbereitungsklassen zu ermöglichen.
- Änderung der Schulbezirksgrenzen, wo dies möglich ist.
- Einrichtung von leistungsfähigen zweijährigen Vorbereitungsklassen mit der Perspektive der Integration in deutsche Regelklassen. Dabei sind folgende Voraussetzungen zu schaffen:
  - Ausländische Lehrer sind an Schulen mit ausländischen Kindern unerlässlich.
  - Der Fachunterricht muß zweisprachig und deutschorientiert ablaufen, wobei der Fächerkatalog den Richtlinien der deutschen Regelklasse entspricht.
  - Für zweisprachige Fachbücher ist zu sorgen.
  - Deutsche Lehrer sollen die Muttersprache ihrer Schüler erlernen können.
  - Ständiges Teamteaching.

Pädagogischer Arbeitskreis deutscher und ausländischer Lehrer (PAKDAL)

Lieder für Demokratie — jetzt erst recht

# Melike Demirag: eine engagierte Künstlerin im Ausland



Melike Demirag, Jahrgang 1956, gehört zu prominenten Künstlern, die von der Ausbürgerungspraxis der Junta betroffen sind. Melike ist die Tochter der türkischen Jazz-Sängerin Rüchan Camay. Als Hauptspielerin und Interpretin der Titelmelodie in „Arkadas“ (Der Freund) von Yilmaz Güney erlangte sie 1974 eine große Popularität. 1977 heiratete sie den Komponisten Sanar Yurdatapan, der auch die Filmmusik für Arkadas geschrieben hatte. Ihre Lieder sind bis jetzt auf fünf LP's festgehalten; die Staatliche Rundfunkanstalt TRT boykottierte Melike bereits nach Erscheinen ihres dritten Liedes.

Ihren zweiten Film drehte sie 1978 wieder nach einem Drehbuch von Yilmaz Güney, das dieser im Gefängnis schrieb, nachdem er unter Mordanklage zu 19 Jahren Haftstrafe verurteilt wurde. „Sürü“ (Die Herde) wurde zu einem großen Erfolg und erhielt verschiedene Preise bei internationalen Wettbewerben. So bekam sie den besten Schauspielerpreis des Türkischen Filmkritikerverbandes und in Locarno mit einer anderen Schauspielerin den 1. Preis. Ihre Tourneen führten sie in die Sow-

jetunion, Bulgarien und die Bundesrepublik, wo sie in 13 Städten auftrat. Im Mai nahm sie an dem Konzert des griechischen Friedenskomitees in Pyräus teil und sang vor 30.000 Menschen.

Sie ist Mitbegründerin der demokratischen Künstlergemeinschaft Demar und lebt mit ihrem Mann und ihrer halbjähriger Tochter Zeynep z.Zt. in der Bundesrepublik.

**Türkei-Informationen** — Bereits seit Ihrem ersten Film, „Der Freund“ mit Yilmaz Güney, zählen Sie zu den fortschrittlichen Künstlern, die in kurzer Zeit einen „Starruhm“ erlangen konnten. Wie kam es nun zu der Ausbürgerungsdrohung?

**Demirag** — Mein Mann und ich wurden, mit einigen anderen Kollegen, von unseren Bekannten in der Türkei telefonisch benachrichtigt, daß wir am 10. Februar durch stündlich erfolgende Aufrufe in den Staatlichen Rundfunkanstalten aufgefordert wurden, uns bis zum 13. März den Militärbehörden zu stellen. Uns wurde vorgeworfen, daß wir gegen den Paragraphen 140 des türkischen Strafgesetzbuches verstoßen hätten, nach dem diejenigen bestraft werden, die dem Ansehen der Türkei im Ausland Schaden zufügen.

**Türkei-Informationen** — „Hürriyet“ hatte bereits am 12. Januar berichtet, daß Sie und Ihr Ehemann an einer türkenfeindlichen Veranstaltung der Griechen teilgenommen hätten. Worum ging es dabei?

**Demirag** — Es handelte sich um eine Woche der Freundschaft, die vom zypriotischen Filmverband in Nicosia durchgeführt wurde und den griechischen, türkischen und zypriotischen Filmen gewidmet war. Darunter befand sich auch „Die Herde“.

**Türkei-Informationen** — Die Konsequenzen einer eventuellen Teilnahme waren Ihnen aber bekannt?

**Demirag** — Wir waren uns darüber im klaren, daß die Junta alles gegen uns verwenden könnte. Wir wußten aber, daß es sich bei dem zypriotischen Filmverband um eine vertrauenswürdige demokratische Organisation handelte. Und dann dachten wir an den großen griechischen Dichter Jannis Ritsos. Er hatte uns letztes Jahr bei unserer Begegnung in Athen erzählt, wie ein Gedicht von Nazim auf ihn eingewirkt hatte, als er während des antifaschistischen Krieges in einer Folterzelle diese Zeilen in die Hände bekam. Nazim, damals selbst eingekerkert, hatte sein Gedicht den griechischen Freiheitskämpfern gewidmet. „Dann wurde mir bewußt“, sagte Ritsos, daß wir nicht allein sind und nicht besiegt werden können.“ Wir zögerten daher nicht, der Einladung der zypriotischen Freunde Folge zu leisten.

**Türkei-Informationen** — Wer war außer Ihnen dabei?

**Demirag** — Unsere Delegation bestand aus Sema Poyraz, der Filmemacherin, meinem Mann Sanar und mir. Sema ist Absolventin der Film- und Fernsehakademie in Berlin. Auch sie ist von der Ausbürgerungsdrohung betroffen. An dem Eröffnungsabend hielt Sanar in unserem Auftrag eine Begrüßungsrede. Er hob den Wunsch unserer Völker nach einem friedlichen Zusammenleben hervor und sagte, daß dies trotz allen imperialistischen Plänen erkämpft werden könne. Das ging den Militärherrschern in der Türkei offensichtlich zu weit. Hinzu kommt, daß wir in verschiedenen Fernsehsendungen in Belgien, Frankreich und Luxemburg anhand von Materialien von amnesty international und des Europarates die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei angeprangert haben. Wir haben auch an der zentralen Demonstration am 31. Januar in Köln teilgenommen; ich habe dort ein Lied gesungen.

**Türkei-Informationen** — Welche Folgen hat der Aufruf für Sie?

**Demirag** — Der Aufruf besagt, daß mit

anderen genannten Künstlern mein Mann und ich uns den Militärbehörden ergeben sollen; bevor wir überhaupt einem Richtervorgeführt werden, können 90 Tage vergehen. Der Aufruf heißt also, „Ergebt euch, damit wir euch ins Gefängnis stecken und foltern können.“ Uns droht dann eine mindestens fünfjährige Haftstrafe.

**Türkei-Informationen – Wofür haben Sie sich entschieden?**

**Demirag** – Wir werden uns nicht stellen. Dann droht uns, meinem Mann, mir und unserer eineinhalbjährigen Tochter Zeynep, die Ausbürgerung.

**Türkei-Informationen – Was wird den anderen Künstlern vorgeworfen, die ausgebürgert werden sollen?**

**Demirag** – Ein Boulevardblatt in Istanbul hat ein Photo von den populären Sängern Selda und Cem Karaca veröffentlicht, das auf einer Mai-Demonstration 1979 in München aufgenommen worden war. Im Begleittext wird aber suggeriert, daß Cem der Anführer einer kürzlich stattgefundenen Anti-Junta-Demonstration gewesen sei! Doch die Junta fiel auf diese Fälschung plump ein und erließ Haftbefehle gegen die beiden, obwohl Selda z.B. das Land nach dem 12. September überhaupt nicht verlassen hatte. Sie mußte auch wegen „Beweismangel“ sofort freigelassen werden.

**Türkei-Informationen – Welche Reaktionen haben Sie nach diesem Vorfall erreicht?**

**Demirag** – Wegen der totalen Pressezensur ist es unmöglich, durch die Massenmedien aus der Türkei etwas zu erfahren. Aber wir haben gehört, daß die

unterdrückte demokratische Öffentlichkeit, zum Schweigen verurteilte Demokraten, dies als ein Zeichen des Widerstandes im Ausland mit Genugtuung aufgenommen haben.

Im Ausland haben verschiedene Organisationen umgehend auf diese Drohungen reagiert. Der Filmverband von Nicosia sandte sofort Solidaritäts- und Protesttelegramme. Die beiden Gewerkschaften der Filmemacher und der Musikschaffenden Griechenlands haben auf einer gemeinsamen Pressekonferenz gemeinsam gegen die Ausbürgerung protestiert. Anlässlich der Filmfestspiele in Berlin solidarisierten sich eine Reihe von Persönlichkeiten aus der Filmwelt mit uns; zu ihnen gehörte auch Marcel Marten, Vorsitzender des internationalen Filmkritikerverbandes, der mit uns in Nicosia gewesen ist.

**Türkei-Informationen – Wie sieht nun Ihre Arbeit in der Bundesrepublik aus?**

**Demirag** – Als engagierte Künstlerin mußte ich bereits die Erfahrung machen, daß es ein wenig schwierig ist, die bundesdeutsche Öffentlichkeit zu erreichen. Ich betrachte meinen Aufenthalt hier nur unter dem Gesichtspunkt, daß ich mit den mir zustehenden Möglichkeiten den Kampf gegen Unterdrückung und Verfolgung in unserem Land von hier aus unterstützen kann, indem ich zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die wahren Zustände in meiner Heimat beitrage.

**Türkei-Informationen – Welche konkreten Erfahrungen haben Sie dabei schon gemacht?**

**Demirag** – Ich bin bereits auf mehreren Protestveranstaltungen in Europa



S. Yurdatapan; Komponist und Texter, in Nicosia

aufgetreten. In der Bundesrepublik haben wir mit der „Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei“ zusammen gearbeitet. Meiner Ansicht nach ist es für die Demokraten aus der Türkei eine Verpflichtung, die Arbeit dieser Initiative nach Kräften zu unterstützen. Manche Erfolge dieser Bemühungen sind bereits vernehmbar. Das sind erste Ergebnisse der internationalen Solidarität mit unseren in der Türkei kämpfenden Kollegen; auch mit den Künstlern, denen jegliche Möglichkeit zur Entfaltung ihrer künstlerischen Fähigkeiten untersagt worden ist.

Als wichtigste Voraussetzung für den Erfolg der demokratischen Bewegung im Ausland betrachte ich die Einheit der demokratischen Gruppen und Organisationen im Ausland. Dieser Prozeß scheint sich schwierig zu gestalten.

**Türkei-Informationen – Und wie sehen Sie die Perspektiven Ihrer Arbeit?**

**Demirag** – Ich betrachte meine Arbeit als eine Waffe zum Wohle der Menschen in meinem Lande und auf der ganzen Welt; ich möchte sie als solche einsetzen. Wenn in unseren Liedern und Filmen nicht so sehr von der Schönheit der Blumen usw. die Rede ist, möge man dies uns verzeihen. Ich mag auch schöne Blumen; aber vielmehr gilt meine Zuneigung Tausenden von jungen Menschen, die gefoltert, unterdrückt und ermordet werden – und eben von diesen Blumen möchte ich weiterhin singen.



Melike Demirag, Ehrengast auf der Freundschaftswoche in Zypern mit Filmemacherin Sema Poyraz (l.)

## KADINLARIMIZ UNSERE FRAUEN

(Epos auf den Befreiungskampf)

Unter dem Mond führen die Ochsenkarren.  
Die Ochsenkarren führen über Akşehir Richtung Afyon.  
Die Erde war so endlos,  
die Berge waren so weit,  
als würden die, die unterwegs waren,  
niemals irgendein Ziel erreichen.

Die Ochsenkarren liefern mit ihren Rädern aus voller Eiche,  
und sie waren  
die ersten Räder, die sich unter dem Mond drehen.

Unter dem Mond waren die Ochsen  
so winzig,  
als kämen sie von einer anderen und sehr kleinen Welt,  
und ihre kranken, gebrochenen Hörner glänzten,  
und was unter ihren Füßen floß, war Erde,  
Erde  
und Erde.

Die Nacht war hell und warm,  
und auf den Ochsenkarren lagen die dunkelblauen Granaten  
auf ihren Holzbetten vollkommen nackt.

Und die Frauen,  
sich voreinander verbergend,  
sahen unter dem Mond  
auf die Ochsen- und Räderleichen,  
die von vorhergegangenen Zügen übriggeblieben waren.

Und die Frauen,  
unsere Frauen:  
mit ihren unheimlichen und glücklichen Händen,  
mit ihren zierlichen, kleinen Kinnen,  
ihren großen Augen,  
unsere Mutter, unser Weib, unsere Geliebte,

Frauen, die sterben, ohne daß sie gelebt hätten,  
und deren Platz am Eßtisch erst nach unserem Ochsen kommt,  
und die wir auf die Berge entführen,  
derentwegen wir im Gefängnis sitzen,

und die beim Getreide, beim Holz, auf dem Markt,  
und die vor den Holzpflug gespannt werden,  
und die in den Koppeln  
im Licht der in die Erde gestoßenen Messer  
mit ihren geschmeidigen, schweren Hüften  
und ihrem Zierat unser werden,  
unsere Frauen.

Jetzt, unter dem Mond,  
hinter den Ochsenkarren und den Kartuschen  
waren sie,  
als zögen sie Halme mit Ähren aus Bernstein auf den Dreschplatz,  
in derselben Unbeschwertheit des Herzens,  
in derselben müden Vertrautheit.  
Und auf dem Stahl des 15-cm-Schrapnells  
schliefen Kinder mit dünnen Halsen.

Und unter dem Mond  
liefen die Ochsenkarren über Akşehir Richtung Afyon.

## KADINLARIMIZ UNSERE FRAUEN

(Milli Kurtuluş Savaşı Destanı'ndan)

Ayın altında kağnılar gidiyordu.  
Kağnılar gidiyordu Akşehir üstünden Afyon'a doğru.  
Toprak öyle bitip tükenmez  
dağlar öyle uzakta  
sanki gidenler hiçbir zaman  
hiçbir menzile erişmeyecekti.

Kağnılar yürüyordu yekpare meşeden tekerlekleriyle,  
ve onlar  
ayın altında dönen ilk tekerlekti.

Ayın altında öküzler  
başka ve çok küçük bir dünyadan gelmişler gibi  
ufacık  
kısacıktilar

ve pırlıtlar vardı hasta kırk boynuzlarında,  
ve ayakları altından akan  
toprak

toprak  
ve topraklı.

Gece aydınlık ve sıcak  
ve kağnılarda tahta yataklarında  
koyu mavi humbaralar çırılçıplaktı.  
Ve kadınlar  
birbirlerinden gizleyerek  
bakıyorlardı ayın altında  
geçmiş kabilelerden kalan öküz ve tekerlek ölülerine.  
Ve kadınlar  
bizim kadınlarımız:  
korkunç ve mübarek elleri  
ince küçük çeneleri, kocaman gözleriyle  
anamız, avradımız, yârimiz,

ve sanki hiç yaşamamış gibi ölen  
ve soframızdaki yeri  
öküzümüzden sonra gelen,  
ve dağlara kaçırıp uğrunda hapis yattığımız  
ve ekinde, tütünde, odunda ve pazardaki,  
ve ağıllarda  
ışıltilarda yere saph bıçakların  
oynak ağır kalçaları ve zilleriyle bizim olan  
kadınlar  
bizim kadınlarımız

şimdi ayın altında  
kağnıların ve hartuqların peşinde  
harman yerine kehribar başaklı sap çeker gibi  
aynı yürek ferahlığı  
aynı yorgun alışkanlık içindeydiler.

Ve on beşlik şarapnelin çeliğinde  
ince boyunlu çocuklar uyuyordu.  
Ve ayın altında kağnılar  
yürüyordu Akşehir üstünden Afyon'a doğru.

NAZIM HİKMET